



Wortprotokoll

über die 66. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 22. Januar 2020

(öffentlich)

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeister	Pretzl
3. Bürgermeisterin	Strobl
bfm. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ea. Stadtratsmitglieder	siehe Anwesenheitsliste
ferner	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom

- Oberbürgermeister Reiter
- 2. Bürgermeister Pretzl
- 3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin Bär, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StRin Kainz, StRin Mayerl, StRin Dr. Menges, StRin Dr. Olhausen, StR Podiuk, StR Quaas, StR Reissl (parteilos), StR Schall, StR Th. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StR Vogelsgesang, StR Wackermann, StRin Wiepcke;

SPD:

StRin Abele, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StRin Fiorentino-Wall, StRin Hübner, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Lischka, StRin Messinger, StR Dr. Mittermaier, StR Müller, StR Naz, StR Offman, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StR Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StRin Koller, StR Krause, StRin Krieger, StR Niederbühl (RL), StRin Pilz-Strasser, StR Dr. Roth, StR Utz, StR Weisenburger;

FDP Stadtratsfraktion:

StR Prof. Dr. Hoffmann (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StRin Neff (FDP), StR Ranft (FDP), StR Zeilhofer (parteilos);

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann, StR Dr. Assal, StRin Caim, StR Progl, StR Schmidbauer, StR Wächter;

FREIE WÄHLER:

StRin Sabathil;

DIE LINKE.:

StR Oraner, StRin Wolf;

ÖDP:

StR Ruff, StR Sauerer;

Parteilos:

StR Schmude;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

StR Richter;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Baumgärtner
Stellv. Referent	Wiechers
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Bönig
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StRin	Frank
Stadtkämmerer	Frey
Bfm. StRin	Hingerl
Bfm. StRin	Jacobs
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (I) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Stadtschulrätin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Themen ohne vorherige Sachentscheidung.....	8
Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss.....	8
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	8
Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München (IHFEM).....	9
StR Progl:.....	9
Anpassung der Förderrichtlinie Elektromobilität „München emobil“.....	9
StR Progl:.....	9
Kinderärztliche Versorgung in München gleichmäßig verteilen.....	10
OB Reiter:.....	10
Bfm. StRin Jacobs:.....	10
OB Reiter:.....	10
StRin Pilz-Strasser:.....	10
OB Reiter:.....	11
OB Reiter:.....	12
Vereidigung von Frau Stadträtin.....	12
OB Reiter:.....	12
StRin Fiorentino - Wall:.....	12
OB Reiter:.....	12
Vergabeverfahren zur Errichtung und Betrieb von Ladeeinrichtungen.....	13
StR Krause:.....	13
Bfm. StRin Jacobs:.....	13
Jubiläumsstiftung Der Münchner Bürgerschaft „Alte Heimat“.....	14
StRin Hanusch:.....	14
StRin Wolf:.....	14
StR Podiuk:.....	15
Bfm. StRin Frank:.....	16

Herr Krahé (Kommunalreferat – Projekt Alte Heimat):.....	16
Bewerbung der Landeshauptstadt München.....	18
StR Schmidbauer:.....	18
StRin Neff:.....	18
StRin Burger:.....	19
StRin Wolf:.....	19
StR Schmidbauer:.....	19
StR Th. Schmid:.....	20
Bfm. StR Baumgärtner:.....	20
OB Reiter:.....	21
Angestrebte Verbesserungen bei der Ballungsraumzulage für Beamtinnen und Beamte.....	22
StR Dr. Roth:.....	22
StRin Bär:.....	23
StR Altmann:.....	23
StRin Dietl:.....	24
BM Pretzl:.....	24
Altstadt-Radring.....	25
StR Progl:.....	25
StR Sauerer:.....	26
StR Röver:.....	27
StR Bickelbacher:.....	29
StR Podiuk:.....	32
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	33
StRin Wolf:.....	35
StR Röver:.....	36
StR Altmann:.....	37
OB Reiter:.....	37
StBRin Prof. Dr. (I) Merk:.....	38
StR Bickelbacher:.....	39

Bfm. StRin Hingerl:.....	40
StR Sauerer:.....	40
Kommunaler Wohnungsfonds.....	42
StR Reissl:.....	42
StRin Hübner:.....	44
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	45
OB Reiter:.....	45
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	45
StR Wächter:.....	46
OB Reiter:.....	47
StR Podiuk:.....	49
OB Reiter:.....	50
BM Pretzl:.....	50
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	50
StK Frey:.....	51
BM Pretzl:.....	52
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	52
StK Frey:.....	53
Baumpflanzaktionen für München.....	54
StRin Hanusch:.....	54
StRin Boesser:.....	55
StRin Neff:.....	55
StR Altmann:.....	56
StRin Hanusch:.....	56
StRin A. Burkhardt:.....	56
Bfm. StRin Frank:.....	57
OB Reiter:.....	57
StRin Hanusch:.....	57
Personalbedarf Ausländerbehörde, Fachkräfteeinwanderungsgesetz.....	59

StR Schmude:..... 59

StR Progl:..... 60

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:11 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Themen ohne vorherige Sachentscheidung

Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Aktensammlung Seite 3247

Beschluss:

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 2, B 3, B 4, B 5, B 6, B 9, B 10, B 12, B 13, B 14 und B 15 werden **einstimmig beschlossen.**

(Aktensammlung Seite 3259, 3261, 3263, 3265, 3267, 3273, 3275, 3277, 3279, 3281 und 3283)

**Integriertes Handlungsprogramm zur Förderung der Elektromobilität in München (IHFEM)
Weiterbefristung der Personalstellen**

Aktensammlung Seite 3269

Beschluss (gegen die Stimmen der BAYERNPARTei und BIA):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Progl:

Ich verweise auf die Erklärung im Ausschuss.

**Anpassung der Förderrichtlinie Elektromobilität „München emobil“
Diverse Anträge**

Aktensammlung Seite 3271

Beschluss (gegen die Stimmen der BAYERNPARTei, DIE LINKE. und BIA):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Progl:

Ich verweise auf die Erklärung im Ausschuss.

Kinderärztliche Versorgung in München gleichmäßig verteilen
Dringlichkeitsantrag Nr. 6578
vom 21.01.2020 von Die Grünen - rosa liste

Aktensammlung Seite 3289

OB Reiter:

Zum Dringlichkeitsantrag bitte ich die Referentin Jacobs und den Chef der Rechtsabteilung um ein kurzes Statement, damit wir über die Dringlichkeit abstimmen können.

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus unserer Sicht besteht keine Dringlichkeit. Am 28. Februar endet zwar ein Zulassungsverfahren, aber für München sind keine Kinderarztsitze ausgeschrieben. Aufgrund der neuen Bedarfsplanungsrichtlinie ergeben sich für München rein rechnerisch vier neue Sitze, die aber genutzt werden, um Jobsharing-Stellen aufzustocken. Das bedeutet, zum Teil werden halbe Sitze in ganze umgewandelt.

Wir sind an dem Thema dran, welches ernst genommen werden muss. In manchen Stadtteilen gibt es tatsächlich eine Unterversorgung, obwohl München mit Kinderärzten rein rechnerisch mit 106 % überversorgt ist. In Milbertshofen-Am Hart gibt es einen Kinderarzt für etwa 11 000 Kinder. In der Messestadt Riem gibt es für tausende von Kindern keinen Kinderarzt oder keine Kinderärztin. Wir arbeiten mit Vollgas an einer Lösung und haben morgen mit dem Oberbürgermeister, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Arbeitsgemeinschaft der Kassen ein Gespräch, um für diese Stadtteile eine Lösung zu finden. Ein MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum) braucht einen Kinderarztsitz. Dieser fehlt derzeit. Vielen Dank.

OB Reiter:

Vielen Dank, Frau Kollegin! Ich will es noch einmal zusammenfassen: Die Angelegenheit ist dringend, aber der Antrag nicht.

StRin Pilz-Strasser:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Jacobs. Die Dringlichkeit haben Sie in meinen Augen gerade selbst begründet. Wir sind alle der Meinung, die dezentrale Versorgung mit Kinderarztsitzen ist katastrophal. Jetzt besteht seit 20 Jahren das erste Mal die

Chance, dass sich für München rechnerisch vier neue Sitze ergeben. Das hat der Zulassungsausschuss gesagt. Ich frage mich, wo diese vier Sitze verschwunden sind - (Unruhe – Zwischenrufe) -, die wir dringend brauchen.

Die Dringlichkeit liegt in dem 28. Februar. Zuletzt ist 1998 über neue Kassenarztsitze in München entschieden worden. Wenn wir diese Geschichte nicht jetzt maximal vorwärts treiben, frage ich mich, ob wir es in den nächsten 20 Jahren lösen können. Ich glaube Ihnen gerne, dass Sie viel unternehmen, um eine Lösung zu finden. Das jetzt noch hinzubekommen, halte ich für sehr sportlich. Ich bitte die Rechtsabteilung zu fragen, denn wir müssen dringend in diese Richtung aktiv werden. Danke schön.

OB Reiter:

Das war die Gegenrede, die leider am Thema vorbeiging. Es hilft nichts. Ich hatte mehrere Gesprächsrunden mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Ich lade Sie gerne ein, bei der Nächsten dabei zu sein, dann werden Sie es einmal erleben. Meinen Sie ernsthaft, das RGU, der Oberbürgermeister oder eine Stadtratsmehrheit sagt, nein danke, wir brauchen keine Kinderarztpraxis? Das ist einfach Quatsch! Entschuldigung. - (Beifall von SPD, CSU und BAYERNPARTEI) - Diese Frist 28.02. gibt es einfach nicht. Das werden Sie auch nicht mit diesem Antrag ändern.

Ich bitte das Referat, im nächsten Quartal zu erklären, wo wir gerade stehen und was wir weiter vorhaben. Damit lösen sich in Zukunft solche Dinge auf und es entsteht nicht der Eindruck, als hätten wir etwas dringlich zu tun, was wir nicht umsetzen können.

Ich sage Ihnen direkt zu: Bekämen wir einen Kinderarztsitz, würden wir uns mit Pauken und Trompeten bewerben, von mir aus mit „Tschinderassabumm“. Leider ist das Thema nicht so einfach wie es klingt. Das weiß ich erst seit diversen Runden mit der Kassenärztlichen Vereinigung. So ärgerlich das ist, weil wir seit langer Zeit versuchen, für Riem eine Kinderarztpraxis zu bekommen. Niemand in diesem Stadtrat wird das anders sehen. Deswegen helfen uns solche Anträge nur am Rande. Wir werden diesen als normalen Antrag behandeln, lasse aber über die Dringlichkeit abstimmen.

1. Die Dringlichkeit wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**.
2. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 6578 findet damit seine Erledigung.

OB Reiter:

Frau Jacobs, wenn wir mehr über den Ausgang der Runde wissen, werden wir diesen Antrag zeitnah beantworten und erklären, wo diese ominösen vier Sitze verwendet wurden.

Vereidigung von Frau Stadträtin

Isabella Fiorentino - Wall

- Bekanntgabe -

Aktensammlung Seite 3243

OB Reiter:

Geschätzte Kollegin, wir schreiten zur Vereidigung. Ich bitte Sie, mir den Amtseid nachzusprechen, den ich Ihnen in vernünftigen Portionen vorsprechen werde.

StRin Fiorentino - Wall:

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Bayern, ich schwöre den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.

OB Reiter:

Damit gratuliere ich Ihnen. Sie sind jetzt Teil unseres wunderbaren Trupps. - (Unter allgemeinem Beifall wird der neuen Stadträtin ein Blumenstrauß überreicht) -

Die Bekanntgabe wird zur **Kenntnis genommen**.

**Vergabeverfahren zur Errichtung und Betrieb von Ladeeinrichtungen
im öffentlichen Raum
Zuständigkeit des Umweltausschusses als beschließender Ausschuss**

Aktensammlung Seite 3245

StR Krause:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten wissen, wann die Beschlussfassung im Ausschuss geplant ist. In der Vorlage steht, dass die Referentin als Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke die Beschlussvorlage nicht einbringen kann und im Umweltausschuss nur zwei Mitglieder Beiräte in verschiedenen Gremien der Stadtwerke sind. Wird der Beschluss erst in der nächsten Amtsperiode gefasst, kann sich weder die Referentin noch ein größerer Teil dieses Ausschusses an der Diskussion beteiligen.

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlussfassung ist am 10. März geplant, an der ich selbst nicht mitwirken darf. Gerade verteilen Mitarbeiter*innen des RGU ein Schreiben, dessen Empfang Sie bitte gegen Unterschrift quittieren müssen. Das ist notwendig, weil analog der Konzessionsvergabe für Gas und Strom sichergestellt werden muss, dass keine Aufsichtsratsmitglieder der Stadtwerke München GmbH über dieses Verfahren entscheiden.

Da ich im Aufsichtsrat bin und mich deswegen aus diesem Verfahren heraushalten muss, wird Kollege Dr. Böhle die Beschlussvorlage einbringen. Vielen Dank.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Jubiläumstiftung Der Münchner Bürgerschaft „Alte Heimat“
Umsetzung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes
„Alte Heimat“
Ausweitung der Stiftungszielgruppen**

**Änderung der Stiftungssatzung „Alte Heimat“
Antrag Nr. 4166 von StRin Gaßmann, StRin Kainz und StRin Bär
vom 12.06.2018**

Aktensammlung Seite 3249

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Anpassung der Satzung für die Stiftung „Alte Heimat“, weil es Gruppen wie die klassischen Kriegsgeflüchteten nicht mehr gibt.

Es liegt eine Stellungnahme des Sozialreferates vor, noch einige Punkte aufzunehmen. Zu einem Punkt haben wir eine Frage, weil wir einen Dissens sehen: Derzeit sind in der Stiftung „Alte Heimat“ auch minderjährige Geflüchtete untergebracht. Soweit diese psychische und physische Einschränkungen haben, können diese durch die neue Satzung in Zukunft dort bleiben. Wir unterstützen den Wunsch des Sozialreferates, auch Geflüchtete, die diesen Passus nicht erfüllen, dort weiter unterbringen zu können.

Wir lesen die Vorlage jetzt so, dass das nicht möglich ist. Aus der Begründung des Kommunalreferats habe ich nicht herauslesen können, warum die Möglichkeit nicht übernommen wird. In der jetzigen Satzung wird eine fünfprozentige Belegungsabweichung erwähnt. Besteht für diese Personen in Zukunft doch noch eine Möglichkeit? Ich bitte um Rückmeldung aus den Referaten.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Bei der Konzeption der „Alten Heimat“ ist stark auf den Zuzug älterer Menschen rekurriert worden. Es entstehen dort viele neue Wohnungen. Heutzutage wird keine Siedlung nur für Ältere, Arme oder Kranke, sondern immer für eine gemischte Bevölkerung geplant, die wenig oder kein Geld hat und dem Stiftungszweck entspricht.

Ich frage die Verwaltung und die Stiftungsverwaltung, ob wenigstens ein Teil der neuen Wohnungen, die bereits von der Stadt gefördert werden, aufgeweitet werden kann, um ein lebendigeres Viertel zu erhalten? Dann wäre für minderjährige Flüchtlinge oder andere Minderjährige Platz.

StR Podiuk:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, manche Stadtratskolleg*innen glauben immer wieder, dass wir mit unseren Beschlüssen im freien Weltraum schweben. Das ist natürlich nicht so. Ich hätte das Thema gerne im Ausschuss debattiert, weil es eine schwierige Frage ist. Sie wollten es unbedingt in der Vollversammlung haben.

Es geht um den hypothetischen Willen des Stifters. Was würde dieser sagen, wenn er noch lebte? An dieser Herleitung sind natürlich viele Juristen beteiligt. Im übrigen unterbreitet der Stadtrat heute der Regierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde nur einen Vorschlag. Das Kommunalreferat ist wirklich an die Grenze des denkbaren Stifterwillens gegangen, dessen ursprünglicher Zweck die Unterstützung betagter Menschen war, die sich seit vielen Jahren in München leben.

Bereits im Jahr 1959, also vor 60 Jahren, ist schon gesagt worden, dieser Personenkreis wird immer weniger und wir ergänzen diesen mit anderen bedürftigen, betagten und seit langem in der Stadt ansässigen Bürger*innen. Wenn wir jetzt noch Leute aus dem Pflegebereich, die wenig verdienen, aufnehmen, um die Bedürftigen und Betagten zu unterstützen, hätte der Stifter das vielleicht mitgetragen. Alle anderen Interpretationen sind natürlich nicht zulässig. Sie hätten sagen können, der Stifter hätte auch alle im Wohnungsamt dringend gemeldeten Personen aufgenommen. Das hat er aber ausdrücklich nicht gewollt! Sie können das theoretisch jetzt beschließen, mit der Folge, dass die Regierung von Oberbayern das in vier Monaten ablehnen wird. Dann wird das Thema wieder im Stadtrat behandelt usw.

Schauen Sie sich die Praxis an! Ich habe keinen Zweifel, dass es von den jetzt vorgeschlagenen Personen genügend geben wird, die wir dort unterbringen. Sie werden in den nächsten fünf Jahren genügend damit zu tun haben, die dortigen Bewohner*innen nach und nach umzusetzen. Neue Personen werden bis 2024, 2025 gar nicht reinkommen.

Ich sage noch einmal: Die Referentin hat, auch für meinen Geschmack, den Stifterwillen weit interpretiert. Die Alternative wäre alle Personen, die beim Wohnungsamt vorgemerkt sind, aufzunehmen. Vielen Dank.

Bfm. StRin Frank:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir die Möglichkeit haben, die Stiftungssatzung deutlich zu erweitern, indem wir die „Alte Heimat“ nicht nur sanieren, sondern neu bauen. Letztlich ist das die Möglichkeit, dort neue Personen unterzubringen.

Das ist zum einen ein großer Wurf, weil das wegen der niedrigen Mieten nicht einfach ist. Zum anderen kann durch die Erweiterung der Stiftungssatzung vor allem das Pflegepersonal, das händeringend in München gesucht wird, dort ein Zuhause finden.

Mein verehrter Kollege Hans Podiuk hat als Erfahrungsjurist im Grunde das Richtige schon ausgeführt und wir würden noch einmal ins Detail gehen. Wir müssen uns sehr nah am Willen des Stifters orientieren, den er schriftlich niedergelegt hatte. Manche dieser Stiftungsbestimmungen sind schlichtweg nicht mehr zutreffend, weil sich die Personengruppen nicht mehr in dieser Zahl in München aufhalten. Deswegen können wir den Wohnraum natürlich nicht leer stehen lassen. Das Gegenteil muss der Fall sein. Wir müssen uns daran orientieren, was der Stifter gewollt hätte, wenn er zum heutigen Tag seine Stiftungsbedingungen niedergelegt hätte.

Herr Krahe von meiner zuständigen Abteilung führt Ihnen das rechtlich detailliert aus. Er wird Ihnen zusätzlich zur Beschlussvorlage, die ausführlich dazu Stellung nimmt, kurz darlegen, warum aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt alles Weitere leider nicht möglich ist.

Herr Krahe (Kommunalreferat – Projekt Alte Heimat):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche kurz den Grundgedanken dieser Stiftung darzustellen: Es geht im Endeffekt um die Unterbringung von älteren Personen, von Personen mit Einschränkung und von Personen, die sich um diese Gruppen kümmern. Früher waren das die Angehörigen. Zukünftig werden das auch die Angehörigen sein. Damit haben wir schon die erste Gruppe, die nicht im betagten Alter ist.

Als zweite Gruppe kommen Menschen mit Behinderungen hinzu, die ebenfalls ohne Alterslimitierung in der Siedlung eine Bleibe finden können. Zusätzlich hatten wir vorgeschlagen - um den Pflegegedanken auszuführen und wie Frau Frank schon gesagt hat - , dass dort Pflegepersonal in jeder Altersstufe und Auszubildende von Pflegeberufen eine Wohnung finden können.

Zur Frage der Verjüngung: Wir werden voraussichtlich im Februar hier einen Projektauftrag für Neubaumaßnahmen einbringen. In dem Projektauftrag sind 100 familientaugliche Wohnungen

vorgesehen. Die Familien werden sich in der Siedlung aufhalten und die im Bau befindliche Kita nutzen. Folglich wird der Personenkreis dort deutlich verjüngt und der zu Recht angesprochenen Vergreisung entgegengewirkt.

Zur Fünfprozent-Regelung: 40 bis 50 Haushalte werden tatsächlich von unbegleiteten Minderjährigen belegt, die natürlich dort bleiben können. Das ist eine fünfprozentige Ausnahme. Es darf nicht vergessen werden, das haben Sie angesprochen, dass es Schnittmengen zwischen Personen gibt, die aus diesem Kreis kommen und zu einem gewissen Grad psychisch und physisch eingeschränkt sind. Diese werden auch einen Platz in der Siedlung finden können.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Bewerbung der Landeshauptstadt München und des Freistaates Bayern für die League of Legends European Championship 2021

Aktensammlung Seite 3251

StR Schmidbauer:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Sitzung haben wir das mit einer einfachen Begründung abgelehnt: Die Gesellschaft, die diese E-Sport Veranstaltung durchführt, ist eine gewerbliche Einheit. Es handelt sich um ein amerikanisches Milliarden-Unternehmen und wir sehen nicht ein, dass die Stadt ein Privatunternehmen subventioniert. Zusätzlich müssten wir 160.000 € bezahlen, was einen Einnahmeverlust der Olympiapark München GmbH bedeuten würde. Wie jedes Minus der GmbH müsste der Steuerzahler auch dieses nicht vorhandene Einkommen praktisch übernehmen.

Wir sehen hier eine Art Subventionierung, die nicht angebracht ist. Der Veranstalter gibt sich selbst die Blöße, denn erst hätte die Veranstaltung 400.000 € kosten sollen. Auch mit 160.000 € hätte die Stadt nun weiterhin große Chancen, dass die Veranstaltung nach München kommt. Ich glaube, der Betreiber braucht die Schlüsselstadt München für den deutschen Raum, weil es eine Sportstadt ist und dort große Sportvereine ansässig sind. Weltweit wird der Veranstalter in Nürnberg oder Augsburg - nichts gegen diese Städte - nicht den großen Erfolg haben.

StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben das Thema im Ausschuss sehr ausführlich und lange diskutiert. Wir müssen nicht alles wiederkauen. Mario, wenn Du sagst, wir „subventionieren“ ein Milliarden-Unternehmen, dann dürfen wir auch nicht mit der UEFA zusammenarbeiten. Dem stimmt Ihr trotzdem zu. - (Beifall – Unruhe - Zwischenruf StR Schmidbauer)

Unser städtisches Unternehmen finanziert die Miete, stellt die Halle zur Verfügung und auch der Freistaat Bayern beteiligt sich. Für München ist das eine große Chance, was wir im Ausschuss schon deutlich gesagt haben, um den jungen Menschen ein Zeichen zu setzen, dass es den E-Sport gibt. - (Zwischenruf StRin Wolf) Das wissen die doch, Frau Wolf!

Es heißt immer, wir finanzieren den und subventionieren den und wir wollen keinen Präzedenzfall schaffen. Wir aber wollen diese Chance einmal nutzen und im nächsten Jahr weiter sehen. Wir können festschreiben, dass wir die Olympiahalle für diese Veranstaltung einmalig zur Verfügung stellen. Darum bitte ich diesem Beschluss zuzustimmen.

StRin Burger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage als Erstes den Referenten: Was hat sich im Gegensatz zu den Diskussionen im Ausschuss und am Sachverhalt verändert, um diese neue Vorlage zu begründen? Wir bleiben bei unserer Position. Wir halten es für einen Präzedenzfall und wollen es deswegen nicht.

Das heißt nicht, dass wir E-Sport nicht ernst nehmen. Wir haben einen Förderantrag gestellt und uns damit auseinandergesetzt. Wir wollen, dass E-Sport gefördert wird. Der E-Sport ist noch am Anfang. Ich glaube, es kann viel Unterstützung geleistet werden, damit es eben nicht vom Geld abhängt, ob man E-Sport betreiben kann oder nicht. Da gibt es noch viel Luft nach oben. Deswegen sehen wir hier keinen Gegensatz.

Zum Thema UEFA haben wir im Ausschuss lange diskutiert. Ich persönlich glaube nicht, dass die UEFA gemeinnützig ist. Offiziell ist sie es aber. - (Zwischenrufe) - Das macht einen Unterschied. Daher würde ich diesen Vergleich nicht ziehen. Wie gesagt: Wir sehen keinen Unterschied zur Diskussion im Ausschuss und bleiben deshalb bei unserer Position. Danke schön! - (Beifall der SPD)

StRin Wolf:

Ich wollte kurz eine Replik auf die Kollegin Neff geben. Die jungen Leute wissen, was E-Sport ist. Sie sind auch dabei. Ich habe einen Experten gefragt: den Sohnemann meines Nachbarn. Er hat gesagt, es wäre schon schön. Er sieht aber nicht ein, dass die Stadt dafür Geld zahlt, denn er zahlt selbst schon mehr als genug. Das ist ein Riesengeschäft! Städtisches Geld brauchen die nicht. - (Zwischenrufe) - Da sind wir uns einig. Wenn sie kommen, ist es gut, und wenn sie woanders hingehen, ist es auch gut. Danke.

StR Schmidbauer:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte etwas richtig stellen. Die Kollegin Burger hat es gerade gesagt: Die UEFA ist nun einmal ein Verband bzw. ein eingetragener Verein, auch wenn sie das nicht mehr darstellt. Es ist aber so.

Außerdem, liebe Gabi, möchte ich Dir sagen, dass die BAYERNPARTei gegen die Europameisterschaft gestimmt hat - aus dem Grund, dass die UEFA eben keinen eingetragenen Verein mehr darstellt, sondern reiner Kommerz ist. Das wollte ich nur zu Protokoll geben.

StR Th. Schmid:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir sind jetzt nicht bei der UEFA, sondern bei der League of Legends. Ich denke, heute ist ein guter Tag. Wir könnten ein Zeichen setzen, dass wir im Zeitalter der Digitalisierung angekommen sind. Hier geht es in der Tat nicht um 160.000 €. Wir wollen ein Zeichen setzen, dass wir in diesem Zeitalter angekommen sind. Die Digitalisierung verfolgt uns im Prinzip auf Schritt und Tritt: in der Öffentlichkeit, im Beruf und im Privatleben.

In Deutschland leben 85 Millionen Menschen. 70 Millionen Menschen ungefähr sind jeden Tag online. Die Hälfte davon spielt regelmäßig online. - (Zwischenruf - Heiterkeit) - Da gibt es nichts zu lachen. Dazu gibt es Studien. Auch große Unternehmen wie Krankenkassen, Mercedes Benz, BMW oder Versicherungen springen auf diesen Zug auf und beteiligen sich an E-Games. Sie wissen den Mehrwert zu schätzen. Wir sollten das auch. Wir sollten diesen Beschluss fassen und uns klar machen: Wir sprechen hier von 160.000 €, können aber einen deutlich höheren Erlös einspielen. Man denke nur daran, wie viele Leute wir damit erreichen!

Ich möchte auch das Argument von Herrn Schmidbauer widerlegen: Ich glaube nicht, dass der Veranstalter uns dringend braucht. Klar, in die Olympiahalle passen einige Leute hinein. Das ist in der Tat richtig. Die Hauptzuschauer*innen sind aber online. Wir werden 150 Millionen User*innen erreichen. In die Olympiahalle geht nur ein Bruchteil davon hinein. Der Veranstalter wird uns nicht brauchen. Es gibt andere Städte, in denen er die League of Legends European Championship auch durchführen kann. Die Mehrzahl der Zuschauer*innen verfolgt es außerdem - wie gesagt - online.

Ich denke, wir sollten der Vorlage zustimmen und uns nicht kleiner machen, als wir sind.
- (Beifall der CSU)

Bfm. StR Baumgärtner:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich habe zwei Anmerkungen dazu. Es wurde gefragt, warum die Vorlage sich wieder auf der Tagesordnung befindet. Die Vorlage im letzten Ausschuss hatten wir, noch bevor die Bewerbung weisungsgemäß abgeschickt worden ist. Jetzt haben wir die Rückmeldung von RIOT Games bekommen, dass wir in

den Bewerberkriterien sehr gut abschneiden und diesen Pitch sehr wahrscheinlich gewinnen könnten, wenn die Landeshauptstadt München einen Zuschuss zahlt.

Ich wollte dem Stadtrat das nicht vorenthalten, sondern genau in dieser Situation eine Entscheidung herbeiführen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, Ihre Haltung noch einmal zu überdenken. Der Markt für E-Sports und E-Gaming wird gerade verteilt. Wenn man die Förderung einsetzen wollte - das ist die völlig richtige Haltung der Stadt -, wäre jetzt der richtige Zeitpunkt für eine solche Förderung, die im Markt sehr viel Beachtung gefunden hat. Die Anzahl der Kontakte, die wir damit bekämen, ist sicher wesentlich größer, als wenn wir das Geld an anderer Stelle einsetzen würden. Danke schön!

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von CSU, FDP und StR Schmude **abgelehnt**.

OB Reiter:

Wir bewerben uns weiter und schauen einmal, ob die Veranstaltung tatsächlich wegen dieser 160.000 € nicht kommt.

**Angestrebte Verbesserungen bei der Ballungsraumzulage für Beamtinnen und Beamte
Sicherheit in München – Mehr tun für unsere Polizei
Antrag Nr. 6082 diverser SPD-Mitglieder vom 17.10.2019**

Aktensammlung Seite 3253

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion bedauert es sehr, dass der Freistaat Bayern sich weigert, die Erhöhung der Ballungsraum- oder Münchenuzulage analog zum Beschluss der Stadt München für Tarifbeschäftigte auch für Beamt*innen zu erlauben. Wir würden das finanzieren. Auch hinsichtlich der Polizeibeamt*innen denkt der Freistaat nicht über eine Erhöhung nach. Ich finde, die Argumentation in dem Schreiben in der Anlage ist manchmal fast zynisch. Es heißt, Bayern zahle mehr als alle anderen Bundesländer. Andere Bundesländer, z. B. in Ostdeutschland, haben aber nur halb so hohe Mietpreise. Das muss angemessen berücksichtigt werden.

Wir finden es sehr bedauerlich, dass die CSU-Staatsregierung so stur bleibt, und können das in keiner Weise nachvollziehen. Das ist beinahe eine Kontinuität einer - ich sage es ein bisschen hart - Anti-München-Politik von Markus Söder und der CSU. Gerade wenn es ums Geld geht, gibt es dazu eine gewisse Geschichte: 2012 hatte er die tolle Idee einer Lex München. Nur um München beim kommunalen Finanzausgleich weniger zu geben, hat er den Paragraphen so geändert, dass nur München betroffen ist. Er hat gehofft, sich damit in Nordbayern mordsbeliebt zu machen. 2013 folgte sein nächster grandioser Schritt: Der skandalöse Verkauf der GBW-Wohnungen hat zu einer Schlechterstellung der Mieter*innen geführt. Die Stadt München und damit auch die Steuerzahler*innen mussten in Einzelfällen teure Ankäufe tätigen.

Einmal waren die Mieter*innen betroffen, das andere Mal die Steuerzahler*innen. Das ist eine Politik gegen Münchner*innen. Jetzt geht es um die städtischen Beamt*innen sowie die Polizeibeamt*innen. Dabei spielt München für Herrn Söder ebenfalls keine Rolle. Das ist ein weiterer typischer Punkt seiner Anti-München-Politik.

Nicht ganz nachvollziehen kann ich, warum Markus Söder von der Münchner CSU immer hofiert wurde. Sogar zu Zeiten, als er noch mit Herrn Seehofer konkurrierte, wurde ihm hier der rote Teppich ausgerollt. Vielleicht dachte sich die Münchner CSU: „Wenn man der Erste ist, der den Dolch

mit in der Hand führt, wird man nachher hoch angesehen. Man kann für die Münchner CSU und vielleicht auch für die Münchner*innen etwas herausholen!“ Nein, das war wieder nichts. Eine der ersten Amtshandlungen von Herrn Söder war, den Münchner CSU-Vorsitzenden aus dem Kabinett zu werfen. Dort, wo die Münchner Interessen vielleicht auch in der Staatsregierung größeren Einfluss finden sollten, hat die CSU-Bank sich scheinbar nicht durchgesetzt. Vielleicht hat sie auch nicht genau mit ihm gesprochen. Falls die Kommunikation nicht funktioniert, kann ich Ihnen die Telefonnummer der Staatskanzlei geben: 21650.

Wir haben einen kleinen Änderungsantrag. Wir geben zu: Er ist eher symbolischer Art. Wenn im Antrag des Referenten aber nur steht, „vom Vortrag wird Kenntnis genommen“, bringt uns das nicht weiter. Wir würden schon gerne zum Ausdruck bringen, ob wir es mit Freude, mit Schulterzucken oder mit Ablehnung gelesen haben. Deswegen schlagen wir in unserem Änderungsantrag eine Formulierung vor, die unser Unverständnis und unser Missfallen über diese Entscheidung klar zum Ausdruck bringt. Danke. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

- BM Pretzl übernimmt den Vorsitz. -

StRin Bär:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch uns tut es unendlich leid, dass der Freistaat sich in diesem Punkt so stur stellt. Wir hätten eine Erhöhung der Ballungszulage für die Beamt*innen in München sehr begrüßt und haben die Initiative vollumfänglich unterstützt. Aus diesem Grund werden wir auch dem Änderungsantrag von den Grünen zustimmen. Wir hoffen, dieser Sachverhalt wird sich in naher Zeit doch noch ändern. - (Beifall der CSU)

StR Altmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir werden den Antrag der Grünen unterstützen. Ich betrachte das Wort „missbilligt“ zwar als ein bisschen massiv. Man kann das aber natürlich so sehen. Wir werden den Antrag mittragen, weil wir ebenfalls der Meinung sind, die Münchner Beamt*innen sollten in diesen Genuss kommen. An dieser Stelle ist der Freistaat zuständig, somit müssen wir das natürlich an den Freistaat weitergeben.

Zur Wahlkampfede vom Kollegen Dr. Roth muss ich aber sagen: Er hat sehr große Krokodilstränen vergossen. Ihr habt sofort die Kann-Bestimmung zur Zweitwohnungssteuer beschlossen und eingeführt. Ihr habt gewusst, dass Ihr damit überwiegend Polizeibeamt*innen trifft und nicht unbedingt die Urlauber, die sich hier aufhalten. - (Beifall der BAYERNPARTEI) - Hättet Ihr das damals

nicht gemacht, hätte es bereits eine gewisse Erleichterung für diesen Personenkreis gegeben.

- (Beifall der BAYERNPARTEI)

StRin Dietl:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat gesagt, wir wollen allen die Münchenzulage ermöglichen. Es ist sehr enttäuschend, dass wir heute vom Freistaat signalisiert bekommen: Beamt*innen sind ausgenommen.

Dem Änderungsantrag von den Grünen werden wir vollumfänglich zustimmen. Von der CSU möchten wir nicht nur hören, dass sie dem Änderungsantrag zustimmt, sondern auch, dass sie noch einmal auf den Freistaat zugeht und das mitträgt. Die CSU soll den Kolleg*innen im Freistaat sagen, dass wir die verdoppelte Münchenzulage unbedingt auch für die Beamt*innen brauchen. Es geht nicht, die einen so zu behandeln und die anderen anders. Das ist eine Ungerechtigkeit.

Wir denken, es ist eine Herausforderung, in einer Großstadt zu leben. Die Kosten werden immer höher. Es geht nicht, die Beamt*innen einfach im Regen stehen zu lassen und ihnen nicht dasselbe wie allen anderen Münchner*innen zu ermöglichen. Wir hoffen, der Freistaat bewegt sich zu einer Änderung und wir kommen einen Schritt weiter, damit wir unser Vorhaben umsetzen können.

- (Beifall der SPD)

BM Pretzl:

Ich kann nur für mich persönlich sagen, dass ich schon vor Monaten einen entsprechenden Brief verfasst habe, der übrigens auch von vielen Landräten und Umlandbürgermeistern sowie vom Bezirkstag unterstützt wurde. Es gibt im Großraum München sehr viele CSU-Mandats- und -Funktionsträger, die sich beim Freistaat dafür einsetzen. Wir werden uns auch in Zukunft intensiv dafür einsetzen. - (Beifall der CSU)

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird **einstimmig beschlossen**.

Der somit geänderte Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Altstadt-Radring

Abschnitt 3.2 - Thomas-Wimmer-Ring

Oberflächengestaltung des Thomas-Wimmer-Rings

nach Fertigstellung der Tiefgaragen

Empfehlung Nr. 2633 der Bürgerversammlung

des 1. Stadtbezirks Altstadt-Lehel am 06.06.2019

Aktensammlung Seite 3255

StR Progl:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Grundsätzlich haben wir das im Ausschuss einigermaßen ausführlich diskutiert. Wir sind froh, dass die Einspurigkeit in diesem Bereich nicht mehr verwirklicht wird. Wir haben dadurch massive Probleme für die Rettungsversorgung der Bürger*innen gesehen. Die Stellungnahme der Feuerwehr hat das freundlicherweise bestätigt. Die Straße wird jetzt zweispurig ausgeführt. Mir stellt sich nur grundsätzlich die Frage, warum das vom Referat nicht gleich so dargestellt wurde. Vielleicht können wir darüber Auskunft erhalten. Warum heißt es erst, das gehe nicht, und binnen einer Woche geht es doch?

Wir halten das für einen gangbaren Kompromiss und werden der Ausführung mit zwei Mal zwei Spuren zustimmen. Ich sage allerdings noch einmal: Wir waren gegen die Übernahme des Volksbegehrens für den Altstadt-Radring und sind auch weiter der Meinung, wir hätten die Leute abstimmen lassen sollen. Das gilt gerade, wenn es an die Umsetzung der schlimmeren Teile geht, die noch kommen werden.

Bei den Änderungsanträgen beginne ich mit der SPD. Ich habe im Ausschuss schon gesagt, wir halten die Busplätze an dieser Stelle für völlig überflüssig. Wir wollen die Touristenbusse am liebsten aus der Stadt heraushalten und möchten sie an P+R-Anlagen im U-Bahn-Bereich außerhalb abfangen. An dieser Stelle können wir eine Grünfläche herstellen und Bäume pflanzen. Die SPD nimmt das auf. Wir würden ihrem Änderungsantrag ohne den letzten Satz zustimmen: Wir wollen die Touristenbusse auch nicht temporär an der Frauenstraße unterbringen. Dort befinden sie sich jetzt schon. Wir wollen sie von dort weg haben. Diese Stellplätze sollen nicht noch ausgeweitet werden.

Außerdem gibt es noch Änderungsanträge von der ÖDP und von den Grünen, denen der Kompromiss mal wieder nicht weit genug reicht. Das war zu erwarten. Es werden jetzt Radwege mit einer Breite von 2,40 m erstellt. Im Bürgerbegehren wurden 2,30 m gefordert. Ich finde es nicht statthaft, in der Vorlage von einer Engstelle zu reden. Wenn der Weg sowieso schon breiter als gefordert ist, wird dort keine Engstelle geschaffen. Im letzten Ausschuss hat sich mir erschlossen, warum die Grünen immer Radwege mit mindestens 2,80 m oder 2,90 m realisieren wollen. Der Kollege Bickelbacher hat es gesagt: Wenn wir den kompletten Straßenraum in der Stadt lahmgelegt haben, sollen die Rettungskräfte künftig auf dem Radweg fahren. Das geht natürlich auf einem 2,40 m breiten Radweg nicht. Ich brauche 2,80 m bis 2,90 m, damit die Feuerwehr und die Rettungskräfte dort fahren können. Wir wollen, dass der Straßenraum für die Rettungskräfte erhalten bleibt. Deswegen lehnen wir diese beiden Änderungsanträge natürlich ab. - (Beifall der BAYERNPARTEI)

StR Sauerer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Oberbürgermeister ist gerade leider nicht da. Beim Stadtratshearing am 08.01.2020 zu einem besseren Verkehrskonzept für die Altstadt hat er gesagt:

„Wir werden sehen, wie viele der Beschlüsse, die Frau Dr. Merk angesprochen hat, gefasst werden, und wie viele vertagt werden. Ich bin sehr gespannt und hätte meine eigene Prognose dazu.“

Das waren die Worte des Herrn Oberbürgermeisters. Die vom Oberbürgermeister zusammengefassten Ziele lauteten: Die Reduzierung des MIV im Altstadtbereich ist notwendig und die Aufenthaltsqualität in der Stadt soll verbessert werden. Das Ganze soll in einer zügigen Geschwindigkeit und ohne Vertagung durchgeführt werden.

Frau Kollegin Dr. Merk hat uns im letzten Planungsausschuss eine Vorlage mit diesen Zielen vorgestellt. Die Ziele waren in den Varianten enthalten. Die Vertagung wurde durch die SPD-Fraktion des Herrn Oberbürgermeisters beantragt, weil sie sich noch beraten und Dinge abwarten wollte. Ich weiß nicht, ob der Herr Oberbürgermeister in der Prognose, die er uns am 08.01.2020 gegeben hat, richtig lag. Es war die eigene Fraktion, die das vertagt hat.

Wie dem auch sei, mittlerweile haben wir drei Vorlagen. Eine Vorlage des Planungsreferats ist vom 15.01.2020. Über diese haben wir letztens diskutiert. Daneben gibt es eine neue Vorlage für den heutigen Tag. Gestern kam außerdem noch eine Vorlage der Firma WÖHR + BAUER GmbH, die

anscheinend eingesprungen ist und vorgestellt hat, welche Varianten sie bevorzugen würde. Der Kollege Progl hat es schon gesagt: Zusätzlich gab es am 17.01.2020 eine Stellungnahme der Branddirektion. Wir sind davon ausgegangen, dass alle Referate zur ersten Vorlage befragt wurden und ihr Placet dazu gegeben haben. Wir waren daher verwundert, dass die vorgeschlagene Variante, die wir im Planungsausschuss diskutiert haben, laut Branddirektion nicht möglich ist.

Auch wenn wir über das Vorgehen der letzten Tage etwas irritiert sind, wollen wir natürlich nicht destruktiv sein, sondern der Variante 4 zustimmen.

Unser Änderungsantrag ist fast deckungsgleich mit dem der Grünen. Herr Kollege Progl, es gibt eine Mindest- und eine Regelbreite. Wir wollen für die Radwege nicht die Mindest-, sondern die Regelbreite. Ich bitte, die Vorlage noch einmal genau zu lesen. Wir sind der Meinung, das ist durchaus eine Engstelle. Es geht uns um diese 50 cm. Wir wollen hier die Regelbreite.

Wir werden dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen, weil er gleichlautend mit unserem ist. Wir halten auch den Zusatz für richtig, die 150 m², die an anderer Stelle entfallen, ortsnah im Altstadtbereich zu generieren. Es nützt uns nichts, wenn wir diese Fläche in der Langwieder Heide im Münchner Westen ausweisen. Kollegin Habenschaden, nicht schlucken! Wir haben bei uns draußen genügend Grünflächen - noch. Das wird sich wahrscheinlich ebenfalls ändern. Wir sind aber der Meinung, die Aufenthaltsqualität muss natürlich ortsnah verbessert werden. Das war auch eines der Ziele im Hearing zur Altstadt.

Der Änderungsantrag der SPD zu den Bussen hört sich vernünftig an. Ich möchte keine Werbung für ein Internet-Karten-System machen, aber ich habe mir das dort einmal angeschaut. Ich bitte um Aufklärung, wo in der Frauenstraße das stattfinden soll. Das Planungsreferat bitte ich um Auskunft, ob es dort überhaupt möglich ist. Wir haben ein Problem mit den Bussen und könnten uns auch vorstellen, sie nicht an dieser Stelle am Thomas-Wimmer-Ring unterzubringen.

Das war es von uns. Recht herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! Ich hoffe, wir kommen heute zu einem Beschluss, damit wir den Worten des Oberbürgermeisters vom 08.01.2020 Folge leisten. Recht herzlichen Dank!

StR Röver:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sauerer, netter Versuch! Es stimmt: Wir haben in der letzten Woche den Wunsch geäußert, diese Vorlage noch

einmal zu vertagen und nach guten und verantwortungsvollen Lösungen zu suchen. Ich glaube, diese eine Woche hat wirklich etwas gebracht.

Ich möchte die wichtigsten Punkte zusammenfassen. Uns ist selbstverständlich wichtig: Wir stehen hinter den Zielen des Radentscheids und wollen die entsprechende Umsetzung sichergestellt haben. Gleichwohl müssen wir an der einen oder anderen Stelle Interessen abwägen. Ich habe die Punkte in der letzten Woche genannt. Ich nenne sie aber sehr gerne in diesem Zusammenhang noch einmal.

Erstens glauben wir, wir müssen diese Entscheidung im Zusammenhang mit der großen Debatte über die autoreduzierte oder autofreie Altstadt sehen. Wir brauchen deutlich mehr ÖPNV-Erschließung - Stichwort Busoffensive. Ich glaube, das wird auch in der Vorlage genannt. Wir sehen Bedarf, in Zukunft mehr Busse zur Erschließung der Altstadt fahren zu lassen. Es geht in diesem Fall um MVG-Busse.

Den zweiten Punkt haben wir ebenfalls bereits letzte Woche diskutiert. Es geht um die Sicherstellung der Rettungs- und Fahrwege für die Feuerwehr und die Rettungsdienste. Auch das ist ein wichtiger Punkt, dem wir uns nicht verschließen können. Wir haben letzte Woche schon gehört, dass sie in dieser Lage nicht auf dem Radweg fahren können, wie es in der Schwanthaler- oder in der Fraunhoferstraße theoretisch möglich ist. Das hat schlicht und ergreifend technische Gründe. Diese Argumentation müssen wir alle zur Kenntnis nehmen und insgesamt abwägen.

Wir werden der neuen Vorlage mit der Variante 4 zustimmen. Wir sehen das als großen Schritt nach vorn. Die wichtigen Punkte hatte ich eben schon genannt.

Es gab noch einige Anregungen von Green City, dem ADFC und dem Bündnis Radentscheid, die von der ÖDP und den Grünen 1:1 übernommen wurden. Wir können uns durchaus vorstellen, diese Anregungen in der weiteren Detailplanung zu prüfen. Ich bitte, zu überlegen, ob der Änderungsantrag nicht so abgewandelt werden kann, dass wir die aufgegriffenen Punkte als Prüfaufträge für die Detailplanung mitgeben. Es geht um die Verbreiterung der Zweirichtungsradswege von 3,50 m auf 4 m und die Möglichkeit, an einer Engstelle von 2,40 m ein Treppenhaus zu verlegen. Wir als SPD-Stadtratsfraktion können einer Prüfung gerne zustimmen.

Noch eine Kleinigkeit zur Westseite: Sie hat uns in der gesamten Diskussion eher weniger beschäftigt. Ich möchte aber einen Punkt aufgreifen, den wir sehr intensiv diskutiert haben und zu

dem wir auch einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt haben. Es geht um die Situierung der Hop-on-hop-off-Zone der Touristenbusse. Uns ist wichtig, im Umfeld der Altstadt Anfahrtszonen für Touristenbusse zu haben, an denen die Menschen ein- und aussteigen können. Wir hoffen, wenn das Buskonzept vorliegt und wir es beraten, werden wir zu guten Lösungen kommen. Gleichwohl sind wir der Meinung, die Situierung dieser Zone im Bereich des Thomas-Wimmer-Rings wird Probleme auslösen.

Sie werden in zweiter Reihe parken, wenn die fünf Stellplätze voll sind. Das sehen wir schlicht und ergreifend als problematisch an. Unser Vorschlag lautet, an dieser Stelle auf eine Kurzzeitparkzone für Touristenbusse zu verzichten, diese als Grünfläche auszugestalten und eine Zone im Bereich der Frauenstraße zu finden. Das würde dem Wunsch des Bezirksausschusses nach mehr Grünflächen und mehr Bäumen entsprechen. In der Frauenstraße auf der anderen Seite des Isartors haben wir eine Parkzone, auf der bereits jetzt Touristenbusse stehen. Das soll wie gesagt eine temporäre Möglichkeit sein, bis wir ein Gesamtkonzept für das Altstadtgebiet gefunden haben.

Ich denke, in der letzten Woche hat sich bezüglich dieser Vorlage sehr viel getan hat. Uns war es wichtig, die Verkehrswende in einer sehr verantwortungsvollen Art und Weise umzusetzen und die Interessen abzuwägen. Das ist uns mit dieser Vorlage sehr gut gelungen. Ich möchte mich noch einmal für die Arbeit der letzten Tage sehr herzlich bedanken. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Ich bitte die Fraktionen von Die Grünen - rosa liste und der ÖDP, erneut darüber nachzudenken, ob es eine Möglichkeit gibt, die Formulierung in einen Prüfauftrag zu ändern, um im weiteren Verlauf der Detailplanung auf diese Punkte eingehen zu können.

Es ist mir wichtig, heute diesen Beschluss zu fassen. Ich denke, das sind wir allen Beteiligten schuldig. Anschließend können wir uns allen weiteren Verkehrsthemen, die noch vor uns liegen, widmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. - (Beifall der SPD)

StR Bickelbacher:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe im Ausschuss gesagt, es würde dreispurig funktionieren. Dieser Ansicht bin ich noch immer. In Baustellennähe ist es derzeit einspurig in Richtung Norden. Ich kenne keine großen Klagen darüber. Das würde funktionieren. Ein neuer Aspekt war das Argument hinsichtlich der Einsatzfahrzeuge. Ich bin zwar nach wie vor der Meinung, Einsatzfahrzeuge können einen Radweg nutzen, doch an dieser Stelle funktioniert es statisch nicht.

Das ist der große Unterschied. Ich denke, an anderer Stelle wäre das kein Problem. Ich würde nicht sagen, die Radwege können wir im gesamten Stadtgebiet nicht nutzen. Es ist lediglich an dieser Stelle nicht möglich, den Radweg zu nutzen.

Herr Progl, möchten Sie überall in der Stadt eigene Feuerwehrspuren haben? So habe ich Sie verstanden. Wenn Radwege hierfür nicht mitgenutzt werden können, brauchen wir überall eine extra Spur für die Feuerwehr, wenn es zu einem Stau kommt. - (Zwischenruf) - Ja! Was passiert, wenn es auf der Fahrbahn nur eine Spur gibt? Die Feuerwehr steht ebenfalls im Stau, wenn sie die Radwege nicht nutzt. Das passiert bereits jetzt. Ein kleiner Bordstein ist nicht unüberwindbar.

Unsere Stadt würde seltsam aussehen, wenn man überall extra Platz für die Feuerwehr schaffen müsste. Das muss irgendwie mit Busspuren gehen, sofern sie vorhanden sind oder zur Not durch die Nutzung von Radwegen. Die Feuerwehr fährt dort nicht jede Stunde entlang, sondern nur im Notfall. Das Statikproblem ist der Grund, warum es nicht funktioniert. Wir werden uns deswegen dem Argument hinsichtlich der Einsatzfahrzeuge nicht verschließen und der Vierspurigkeit zustimmen.

Allerdings fordert der Radentscheid, wie Herr Sauerer gesagt hat, eine Regelbreite von 2,80 m und eine Mindestbreite von 2,30 m. Im Bereich des Thomas-Wimmer-Rings ist der Altstadttring sehr breit. Wenn wir an dieser Stelle die Regelbreite nicht einhalten können, wo können wir sie dann einhalten? Andernorts wird es vielleicht eng. Ich sehe jedoch schwarz, wenn wir ausgerechnet an dieser Stelle die Regelbreite des Radentscheids, die wir kraftvoll beschlossen haben, nicht einhalten. Wir müssen hier die Regelbreite umsetzen.

Die sehr ähnlichen Änderungsanträge schlagen relativ einfache Änderungen vor. Ich möchte an ein Gespräch mit dem Investor erinnern, der damals gesagt hat, bei einer vierspurigen Lösung könne er mit einer kurzen Ausfahrt leben. Wir würden gerne die vorgeschlagene Verlängerung der Ausfahrt zugunsten der Regelbreite des Radwegs zurücknehmen. Der Investor, der über viel Erfahrung mit Parkhäusern verfügt, hat bereits zugesagt, dass es möglich sei. Insofern bräuchte man keine Prüfung, weil es schon einmal zugesagt wurde. Im übrigen Verlauf ist es relativ einfach.

Wir haben zum Thema Busparken ebenfalls einen Antrag gestellt. Wir brauchen ein Konzept und eine dezentrale Lösung, damit es sich nicht an dieser Stelle konzentriert. Uns wurde noch einmal zugesagt, es werde ein Konzept erarbeitet. Selbstverständlich ist es schwierig, neue Stellplätze für

das Busparken zu schaffen, weil es niemand bei sich haben möchte. Niemand ist begeistert, wenn Busse parken oder halten, aber irgendwo nahe der Altstadt muss es sein.

Im Gegensatz zur BAYERNPARTEI finden wir es sinnvoll, wenn Busse bis zum Altstadtring fahren. Sie sollen allerdings nicht weiter hineinfahren. Es sitzen immerhin 30 bis 50 Menschen in einem Bus. Wieso sollen diese Menschen in Fröttmaning in die bereits volle U-Bahn steigen? Ein Bus ist mir lieber als 25 Autos, die in die Altstadt fahren. - (Zwischenruf - Heiterkeit) - Genau! Diesen Platz würde ich lieber den Pendlern lassen, die nicht einzeln im Auto hineinfahren. In einem Bus sitzen relativ viele Menschen und er braucht deutlich weniger Platz als 50 einzeln besetzte Autos. Deswegen sind Busse die bessere Lösung und für den für München wichtigen Tourismus sinnvoll. Ausgerechnet das Verkehrsmittel, in dem viele Menschen sitzen, nach außen drängen zu wollen, ist falsch. Wir brauchen daher Busparkplätze.

Ich muss der SPD recht geben. Es wird ebenso stark vom Investor gefordert: Statt der Bushaltestellenplätze könnte man dort eine relativ große Grünfläche herstellen und Bäume pflanzen. Das steht wirklich entgegen. Ich bin hin- und hergerissen. Einerseits brauchen wir Busstellplätze, andererseits kann man dort sehr viel begrünen. Ich habe einige Schwierigkeiten mit dem Standort in der Frauenstraße. Entweder halten sie dort und machen einen U-Turn, was bei der vierspurigen Variante nicht vorgesehen ist, oder sie fahren durch die gesamte Frauenstraße am Viktualienmarkt vorbei, wo es bereits sehr eng ist. Ich denke, der Standort Frauenstraße ist nicht optimal.

Vielleicht können wir den Änderungsantrag so interpretieren, dass es eine provisorische Lösung in der Nähe des Isartors geben soll. In der Nähe des Isartors könnte man es vielleicht umsetzen. Ich könnte damit besser leben. Der vorgesehene Standort ist zu weit vom Isartor entfernt. Es macht Sinn, die Menschen möglichst nahe am Isartor aussteigen zu lassen, damit sie über das Tal in die Innenstadt gelangen können. Die jetzige Stelle ist nicht optimal. Die gibt es nur, weil man bis jetzt keine andere hat. Wenn wir sagen, wir sehen ein Provisorium in der Nähe des Isartors vor, wäre dieser Antrag denkbar.

Ich fasse noch einmal zusammen: Wir stimmen der Vierspurigkeit zu. Später können wir uns zusammen mit der Feuerwehr ggf. andere Lösungen überlegen, z. B. den Grünteiler durchtrennen, um auf die Gegenfahrbahn zu gelangen oder Ähnliches. Diese Dinge muss man sich noch genauer anschauen, aber das dauert jetzt wahrscheinlich zu lange. Wir sollten heute entscheiden und es nicht noch einmal verschieben. Vielleicht kann man die vierte Spur für das Busparken verwenden oder eigene Busspuren für die MVG-Busse einrichten. Aus meiner Sicht werden wir sie an dieser

Stelle des Altstadtrings brauchen, wenn wir eine autofreie Altstadt haben möchten. Deswegen sagen wir okay zur Vierspurigkeit.

Ich möchte betonen: Uns geht es normalerweise darum, viel Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zu schaffen. Wir erreichen das an dieser Stelle. Es ist für uns zweitrangig, ob es drei- oder vierspurig ist. Das muss man einfach so sagen. Es gibt andere Stellen, an denen wir so einen Kompromiss ungern mittragen würden. Aber an dieser Stelle geht es. Das soll noch einmal unsere Intention erläutern. Wir schaffen ausreichend Platz an den Seiten, insbesondere, wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

Vielleicht kann das Referat bereits jetzt sagen, ob es machbar ist oder eine Prüfung gebraucht wird. Wir würden dementsprechend noch einmal überlegen. Vielleicht kann die SPD in sich gehen und noch einmal den Standort in der Frauenstraße ein wenig in Richtung des Isartors erweitern. Ich sehe den Standort Frauenstraße als suboptimal an. An dieser Stelle, an der das Bushalten vorgesehen ist, kann viel Grün entstehen. Ein Ersatzstandort, auch temporär, wäre für uns eine denkbare Geschichte. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Podiuk:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Wenn ich an die Debatte in der letzten Woche im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung denke, und jetzt diesen sich abzeichnenden Kompromiss sehe, muss ich offen sagen: Gott sei Dank ist der Anschlag auf die Autofahrer*innen und auf die Sicherheit der Münchner Bürger*innen krachend gescheitert! - (Beifall der CSU)

Die Position der Grünen in der letzten Woche lautete: Auf jeden Fall nur eine Spur am Altstadtring. Sie haben gesagt: „Gut, dann fährt das Feuerwehrfahrzeug einfach über Radwege.“ Wenn ich lese, es sind allein 10 000 Einsätze der Feuerwehr im Jahr - ohne die Einsätze der Polizei oder der Rettungsfahrzeuge -, muss ich sagen, die Feuerwehr fährt bei nur einer Spur bei einer unserer wichtigsten Verkehrsverbindungen pausenlos auf dem Radweg.

Das wäre allerdings ein bisschen schwierig, weil mir die WÖHR + BAUER GmbH mitgeteilt hat, in ihrem Bereich des Radwegs sei die Statik nur auf Radfahrer*innen ausgerichtet. Das hieße nach dem Wunsch von Die Grünen - rosa liste: Auf dem Radweg fährt die Feuerwehr mit Vollgas, bricht im Bereich der Tiefgarage ein und braucht dringend jemanden, der sie rettet - (Vereinzelt Heiterkeit - Beifall) - Ich sage ganz offen, diese Idee ist krachend gescheitert.

Ich habe mich übrigens auch gefragt, warum das Referat auf die jetzt erfolgreiche Variante nicht eher gekommen ist. Vielleicht hat das Referat einer gewissen Nachhilfe bedurft, weil sich im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung keine Mehrheit für die Vorlage des Referates abgezeichnet hat. Siehe da, die Verwaltung denkt weiter, wenn sich keine Mehrheit abzeichnet. Das kann nicht schaden.

Das bringt mich auf eine weitere Überlegung bezüglich der Finanzen. Ich verstehe, dass man aus verhandlungstechnischen Gründen sagt: Wir wissen nicht genau, was es kostet. Ich hätte jedoch gern gewusst, ob wir uns im Bereich von 20.000 €, 200.000 € oder 2 Mio. € bewegen. Es bedarf einer ungefähren Aussagen, auf die ich nach wie vor nicht verzichten möchte.

Wir behandeln später noch den Tagesordnungspunkt „Projekt 1 000 Milliarden Bäume“. Ich weiß nicht, was dagegen spricht, einen Bushalt zu schaffen. - (Zwischenruf) - Wie so oft, wenn Ideen im Raum stehen, gibt es viele Väter. Ich bin laut Protokoll auch einer der Väter. Ich habe gesagt: *„Die Busse können dort weg.“* Ich bin trotzdem zufrieden, wenn es viele Väter für eine gute Idee gibt. Wir sind ebenfalls für Pflanzungen, sogar über die Anforderungen des Bebauungsplans hinaus.

Wir werden hinsichtlich der Busse prüfen müssen, wo wir sie unterbringen können. Vielleicht in diesem oder in einem ganz anderen Bereich, z. B. des Karl-Scharnagl-Rings. Ich bin nicht dafür, dass man das im Sinne eines Schnellschusses in einem Beschluss festlegt, in dem es eigentlich um etwas anderes geht. Ich möchte das abwägen. Ich hätte dazu gerne eine eigene Vorlage, die für jeden Standort Vor- und Nachteile abwägt.

Kollege Bickelbacher, es gibt viele Einrichtungen, bei denen die Bürger*innen sagen: Ich möchte sie nicht in meiner Nähe haben. Wir müssen trotzdem entscheiden und sie irgendwo unterbringen, sonst bekommen wir Schwierigkeiten. Selbstverständlich will keiner Einrichtungen in seiner Nähe haben, die aus subjektiver Sicht negativ sind. Der Stadtrat muss dennoch irgendwann eine Entscheidung treffen. Herzlichen Dank. - (Beifall der CSU)

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz -

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle als erstes fest, damit es nicht zur Geschichtsklitterung kommt: Die Vertagung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung war unsere Idee. - (Heiterkeit) - Das ist eindeutig. Es war völlig klar, dass wir uns aufgrund der

Kurzfristigkeit nicht richtig damit beschäftigen konnten und es daher problematisch war. Deswegen war es die richtige Idee. Wir sehen jetzt auch, man kann die Kuh vom Eis bekommen.

Ich bin froh, dass die Grünen zustimmen und nicht auf die Idee gekommen sind, den Radweg von unten abzustützen und unter Wegfall der gerade gebauten Parkplätze Stützen einzubauen, damit die Feuerwehr darüber fahren kann. Das wäre eine weitere Variante gewesen. Die Grünen haben sie glücklicherweise nicht ins Spiel gebracht. Wir sind sehr froh darüber.

Bei einem anderen wichtigen Thema sehe ich Herrn Oberbürgermeister in der Verantwortung. Wir vom Bezirksausschuss 1 haben bereits vor vier Jahren darum gebeten, endlich ein Buskonzept für die gesamte Innenstadt zu erarbeiten. - (Vereinzelt Beifall) - Es gibt mehrere Anfahrtspunkte und mehrere Zufahrtswege für die Tourist*innen.

Meine lieben Freunde der BAYERNPARTEI, Ihr seid gerade über das Ziel hinausgeschossen. Es spricht einiges dafür, die Touristenbusse in die Stadt zu lassen. Sie stellen Kaufkraft dar und sind gut für die Wirtschaft. München ist eine wichtige Tourismusstadt in Europa. Wenn man im Rahmen einer gebuchten Pauschalreise in eine fremde Stadt kommt, erwartet man, möglichst nah zu den Sehenswürdigkeiten heran gefahren zu werden und nicht, erst einmal in Fröttmaning in die U-Bahn umsteigen zu müssen.

Deswegen brauchen wir ein Touristenbuskonzept, - (Zwischenrufe) - das Haltepunkte vorsieht. Sie verlassen die Stadt anschließend relativ schnell wieder. Länger als acht Stunden bleibt eine Touristengruppe nicht, weil sie am Abend bereits auf dem Eiffelturm sein muss. Wir brauchen entsprechende Konzepte. Ich sehe sehr viele Ansatzpunkte. Man müsste Überlegungen hinsichtlich des Stachus, des Karl-Scharnagl-Rings oder des Odeonsplatzes anstellen. Nach der Sperrung der Briener Straße ist dort Platz frei geworden.

Paul Bickelbacher, Du hast gesagt, die Plätze in der Frauenstraße sind nicht optimal, aber sie werden einigermaßen angenommen. Es gibt sehr viele Varianten, gerade am Isartorplatz und auch in der Frauenstraße. Wir vom Bezirksausschuss 1 haben das langjährig leidvoll miterlebt, dort passen die Plätze wirklich nicht gut hin. Es ist an einer Stelle zu eng. In der Frauenstraße bestehen schon temporäre Plätze. Es gibt tatsächlich das Problem, die Busse müssen wenden. Die Plätze werden daher nicht gut angenommen.

Der eigentliche Kern des Problems ist, wir brauchen ein Konzept. Herr Oberbürgermeister, bitte machen Sie das zur Chefsache, sonst geht nichts vorwärts. Die Arbeiten sollen bereits begonnen haben. Es ist seit unserer ersten Anregung wahnsinnig viel Zeit verstrichen. Machen Sie ein Konzept für Touristenbusse für die ganze Stadt. Wir hätten dann den Altstadtring an dieser Stelle gut behandelt. Zudem wäre es für den Investor tragbar, der dieses Projekt unter bestimmten Voraussetzungen gemacht hat. Mit diesem Vorschlag können die Leute vom Radentscheid ebenfalls leben und die Sicherheit in der Stadt wäre weiterhin gewährleistet.

Ich denke, nachdem wir noch einmal eine Woche darüber nachgedacht haben, haben wir für alle ein gutes Konzept gefunden. Wichtig ist, dass wir dieses Konzept jetzt durchziehen, damit der Investor wieder Planungssicherheit hat. Wir sollten nicht wegen 10 cm oder 30 cm erneut anfangen. Wir werden daher den Änderungsantrag der SPD entsprechend unterstützen, den Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste und der ÖDP ablehnen. Danke schön. - (Beifall).

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes möchte ich mich ausdrücklich der Wortwahl des Herrn Podiuk verwahren. Es war mitnichten ein Anschlag, weder auf die Autofahrer*innen noch auf die Sicherheit in München. - (Allgemeiner Beifall) - Bitte unterlassen Sie, selbst im Wahlkampf, derartige Äußerungen!

Der Thomas-Wimmer-Ring ist an dieser Stelle im Moment auf der Höhe der Baustelle einspurig. Das heißt - (Zwischenrufe) - Das wurde mir... Es gibt im Stadtrat einen Streit darüber, ob es einspurig ist. - (Unruhe) - ... nach Norden in Richtung Maximilianstraße, meine ich! - (Unruhe - Zwischenrufe) - Gut! Die fahrradfahrenden Mitglieder des Stadtrats sind der Meinung, es ist einspurig, die anderen nicht. Es funktioniert derzeit, ohne dass Feuerwehr oder Notärzte im Stau stehen.

Herr Kollege Bickelbacher hat es bereits gesagt, die Lösung der letzten Woche würde ebenfalls funktionieren. Aus städtebaulichen Gründen hätte sie mir persönlich besser gefallen. Man könnte die Schneise, die der Altstadtring in die Viertel schneidet, perspektivisch reduzieren. Es werden jetzt immerhin nur vier Spuren sein. Das ist eine Verbesserung. Die bisherige Beschlusslage sieht fünf Spuren vor. Wir werden deswegen dem vierspurigen Verlauf zustimmen.

Man sollte allerdings tatsächlich - das wurde schon angesprochen - darüber nachdenken, ob davon künftig nicht eine Spur eine Busspur werden kann. Ich spreche nicht von einer Spur für Touristenbusse, sondern für den MVG, zum Beispiel für eine Ringbuslinie. Es wurde oft debattiert, wie

man die Altstadt an allen Ecken und Enden noch besser öffentlich anbinden kann. Das ist eine Idee, die man auf längere Sicht verfolgen kann.

Ich möchte wissen, warum die Stellungnahme zum Statikproblem so spät auf den Tisch der Verwaltung gelangt ist. Die Verwaltung hätte diese sicherlich anders betrachtet. Vielleicht kann man von den Referentinnen hierzu eine Auskunft bekommen.

Wir schließen uns der Forderung nach der Einhaltung der Regelbreite für die Fahrradwege und dem Änderungsantrag der SPD an. Wenn allerdings eine Grünfläche statt Busplätzen hergestellt würde, wäre ein Punkt vom Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste, der eine Kompensation von 150 m² vorsieht, quasi auf einem Streich erledigt.

Ich hoffe, wir werden in den weiteren Monaten und Jahren, wenn es um den Altstadt-Radlring geht, Lösungen finden, mit denen letztendlich alle leben können. Ich hätte städtebaulich die Ausgestaltung, mit einer Spur weniger, gut gefunden.

StR Röver:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle bei der einen oder anderen Wortmeldung fest, wir als SPD-Stadtratsfraktion liegen richtig, wenn wir die Verkehrswende auf eine verantwortungsvolle Art und Weise vorantreiben sowie die Argumente und Interessen gut abwägen.

Ich habe mich noch einmal gemeldet, um erneut auf das Thema Busparken einzugehen, nachdem es mehrmals genannt wurde. Lieber Paul Bickelbacher, Du hast mich ebenfalls noch einmal darauf angesprochen. Kollege Hoffmann hat es richtig gesagt: Die Busse stehen temporär bereits jetzt im Bereich der Frauenstraße. Wir halten es für richtig, den Standort weiterhin vorzuhalten, bis ein Gesamtbuskonzept kommt.

Ich möchte damit nicht sagen, das sei die absolut beste Lösung und es sollte für immer so sein. Wir halten den Standort in der Frauenstraße allerdings für deutlich geeigneter und sinnvoller als einen Standort im Bereich des Thomas-Wimmer-Rings. Die Busse stehen dort bereits jetzt und die Busunternehmer*innen sowie die Busfahrer*innen haben sich daran gewöhnt. Das war mir noch einmal wichtig, festzuhalten. Ich bitte um entsprechende Zustimmung. Danke. - (Beifall der SPD)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal auf das Thema Touristenbusse eingehen, alles andere hat mein Kollege Richard Progl schon ausgeführt. Es kann offen bleiben, wer Vater des Gedankens ist, dass die Busse dort wegkommen oder nicht. Das ist mir nicht wichtig. Uns ist es wichtig, dass diese Busse nicht mehr hineinfahren bzw. nicht mehr dort stehen.

Es wurde mehrheitlich eine autofreie oder autoarme Innenstadt beschlossen, egal wie Sie das bezeichnen wollen. Kollege Prof. Dr. Hoffmann hat gesagt, Tourist*innen seien ein Wirtschaftsmagnet. Tourist*innen gehören dazu, das ist unstrittig. Die Wirtschaft in München wird allerdings durch viele andere Aspekte wesentlich mehr geprägt als durch Touristenbusse. Das ist ein kleiner Nebeneffekt. - (Zwischenruf)

Sie wollen Tourist*innen, die an den zahlreichen Umsteigemöglichkeiten keine Zeit zum Umsteigen haben, unbedingt ins Zentrum der Stadt bringen. Gleichzeitig müssen die Arbeiter*innen, die früh morgens in die Stadt fahren, die Zeit aufbringen, zu warten oder in überfüllten U-Bahnen zu fahren. Deren Wertigkeit ist demnach gleich Null. Sie wollen den Tourist*innen, die nicht unter Zeitdruck stehen, nicht zumuten, an den entsprechenden Busbahnhöfen in die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen.

Ich weiß nicht, was in dieser Stadt noch alles gemacht werden soll. Ich verstehe langsam die Welt nicht mehr, angesichts der vorgetragenen Argumentation. Es soll nach wie vor eine funktionierende Stadt bleiben. Dazu gehören u. a. auch die Rettungsdienste. Wir müssen uns vor Augen führen, es geht in diesem Bereich um Leib und Leben unserer Münchner Bevölkerung. Unter Umständen kann jeder Sekundenverlust bei der Anfahrt bedeuten, dass ein Leben verloren geht. Das muss man sich in dieser Diskussion bei aller Liebe deutlich vor Augen führen. Die hohe Wertigkeit der Busse für Tourist*innen, sie unbedingt in die Innenstadt fahren zu lassen, sehen wir nicht.

OB Reiter:

Aus meiner Sicht ist das heute ein sehr gutes Beispiel dafür, wie ich künftig mit der Mobilitätsentwicklung in dieser Stadt umgehen möchte. Ich lobe die Verwaltung ausdrücklich für den nunmehr besseren Vorschlag, der heute vorliegt. Er setzt nicht apodiktisch oder ideologisch - wie Sie das auch immer nennen möchten - die Forderungen des Radlbürgerbegehrens um, sondern achtet auch darauf, den noch notwendigen Individualverkehr zu gewährleisten. Das ist die Prämisse.

Ich hatte von Anfang an den Eindruck, es müsse aufgrund der großen Breite des Straßenraumes mehr als nur eine Spur pro Richtung umsetzbar sein. Ich hatte ebenso den Eindruck, die Bäume müssten deswegen nicht gefällt werden. Das wäre ein anderes Thema gewesen. Beide Annahmen haben sich bewahrheitet. Es gibt jetzt eine Lösung, mit der ich sehr gut leben kann. Ich wünsche mir, dass wir künftig nicht mit irgendwelchen Schreckensbildern arbeiten - auch nach dem 15.03.2020 nicht -, sondern Stück für Stück die Umsetzung dieses Radlbürgerbegehrens angehen und vernünftige Lösungen finden.

Ich möchte gleichwohl klar sagen, wenn die Verwaltung gesagt hätte, es geht aus mir schwer verständlichen Gründen nicht, diese Fahrspur aufrechtzuerhalten, hätte ich mich an die Inhalte des Radlbürgerbegehrens gehalten. Wir haben es übernommen. Ich kann nicht ein Bürgerbegehren übernehmen und die Inhalte bei jedem Einzelfall ablehnen und mich dagegen entscheiden.

Ich hatte die Verwaltung gebeten, noch einmal zu prüfen, ob mein Eindruck stimmt, dass eine Fahrspur erhalten werden kann. Der Eindruck hat sich Gott sei Dank bewahrheitet. Ich sage das nicht, weil ich ein absoluter Auto-Freak bin. Aber an Stellen, an denen es möglich ist, müssen wir nicht apodiktisch versuchen, den motorisierten Individualverkehr zu bestrafen. Ich verfolge die Idee, es möglichst gemeinsam zu lösen.

Wenn es nicht geht, liegt meine Priorisierung selbstverständlich auf dem Radverkehr, weil wir uns entschlossen haben, dieses Bürgerbegehren zu übernehmen. Wir sollten uns deshalb daran halten. Ich finde den Vorschlag der Verwaltung, der beide Möglichkeiten offen lässt, positiv. Ich wünsche mir - mein Wunsch richtet sich sowohl an die Verwaltung als auch an Sie, Kolleginnen und Kollegen -, dass wir die Diskussion zum Thema Umsetzung des Radlbürgerbegehrens immer so führen.

Wir sollten alle Möglichkeiten mit viel Fantasie ausloten und anschließend sachgerecht mit möglichst breiten Mehrheiten entscheiden. Es sollten alle Möglichkeiten dargestellt werden, die es theoretisch gibt. So ist es heute geschehen. Ich empfinde deshalb unseren heutigen Beschluss als sehr gut. Ich bin sehr zufrieden, wenn Sie das heute mit großer Mehrheit beschließen.

StBRin Prof. Dr. (l) Merk:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin überzeugt, dass wir einen sehr ausgewogenen Vorschlag haben. Zugleich möchte ich mit dem Märchen aufräumen, nur wir hätten uns bewegt. Die Debatte im Planungsausschuss hat den Investor

dazu gebracht, seine Geometrien zu überdenken und uns in einigen, bisher nicht lösba- ren Punkten entgegenzukommen. An diesen Stellen bewegen wir uns im Zentimeterbereich. Das heißt, wir benötigen das konkrete Ingenieurbauwerk, um darauf reagieren zu können. Das hat er bereitge- stellt. Es wäre vielleicht schneller gegangen, wenn wir die Unterlagen als Erste erhalten hätten und nicht die Fraktionen. - (Zwischenrufe) - Ich weiß nicht, wer sie bekommen hat. Ich habe sie immer als Zweite erhalten.

Ich bedanke mich für Ihre Nachfrage zu den Stellungnahmen der Brandschutzdirektion und des Kreisverwaltungsreferats. Selbstverständlich haben wir das KVR beteiligt und erwarten nicht nur eine Stellungnahme zu den Verkehrsthemen, sondern auch zum Brandschutz. Ich bedauere, dass sie in der ersten Runde nicht so deutlich war. Hätte ich sie von Anfang an gehabt, hätte ich anders darauf reagiert.

Zur Frage der Statik: Näheres dazu habe ich erst dem gestrigen Schreiben entnommen. Dem werde ich nachgehen, aber ich denke, es handelt sich nur um ein Detail.

Den Begriff „Nachhilfe für die Verwaltung“ weise ich zurück. Dieses Beispiel zeigt: Wenn es um solche kleinen Bereiche geht, müssen wir uns gemeinsam die Räume anschauen und daran arbei- ten.

Ich schließe mich Herrn Rövers Auffassung zum Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste an. Wenn Sie wollen, können wir das nochmals prüfen. Aber im Prinzip haben wir alles schon offen- gelegt. Es würde den Wegfall der Anwohnerstellplätze bedeuten, was wir nicht wollen. Aber letzt- lich ist es eine Frage der Detailplanung. Wenn wir einen Prüfauftrag erhalten, würden wir gemein- sam mit dem Investor im Bauvollzug schauen, ob noch etwas zu optimieren ist.

Die Busparkplätze habe ich Ihnen in dieser Form vorgeschlagen, weil wir es für sinnvoll hielten, diese Option offenzuhalten. Wahrscheinlich wird es immer zu wenige Busparkplätze am Alt- stadtring geben. Danke schön!

StR Bickelbacher:

Die Umplanung und die Mehrkosten können nicht allein dem Radentscheid angelastet werden. Das liegt auch an der damaligen, wenig nachvollziehbaren Planung mit fünf statt vier Fahrspuren. Ebenfalls bedauerlich ist der Beschluss von SPD und CSU, die Planungen zum Isartorplatz zu ver- schieben. Sonst gäbe es vielleicht schon vernünftige Bushaltemöglichkeiten in der Nähe des Tals.

Sobald die Innenstadt autofrei ist, könnte auf die Rechtsabbiegespur ins Tal verzichtet werden. Dann könnten die Busse kurz vor dem Tor halten. Dort gäbe es Raum für zwei Stellplätze. Das wäre auf lange Sicht sinnvoller als die Lösung in der Frauenstraße. Solange sie nur temporär ist, gehen wir mit, weil die Parkplätze an dieser Stelle suboptimal sind, wie ich vorhin erklärt habe.

Beim Prüfauftrag für 2,80 m breite Radwege würden wir ebenfalls mitgehen. Wir appellieren an die Verwaltung und den Investor, die Regelbreite von 2,80 m umzusetzen. Das ist machbar. Wo sollten wir sonst die Regelbreite hinbekommen, wenn wir bereits am Altstadtring scheitern, wo genügend Platz vorhanden ist? Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Bfm. StRin Hingerl:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Herr Podiuk hat um eine Einschätzung der Mehrkosten gebeten, die auf die Stadt zukommen könnten. Das können wir unverbindlich tun. Der Investor ist gemäß den vertraglichen Regelungen verpflichtet, die Oberfläche wiederherzustellen. Die Vorgaben in den Verträgen entsprechen nicht der heute zur Entscheidung vorliegenden Variante. Deshalb hat er Anspruch auf Nachverhandlungen und kann gegebenenfalls Mehrkosten geltend machen.

Erst nach dem Ergebnis der Verhandlungen können wir eine definitive Summe nennen. Nach unserer Einschätzung hat er einen Anspruch auf Mehrkosten für die Umplanung und für qualitative Verbesserungen, die sich bei der Ausführung ergeben. Der Straßenraum wird komplett neu hergestellt. Was er durch den Bau zerstört hat, muss er neu bauen. Beim Neubau eines Straßenquerschnitts ist nicht kostenentscheidend, wo der Radweg und die Fahrbahn liegen. Letztlich kostet die Wiederherstellung eines Straßenraums einen gewissen Betrag. Die qualitativen Verbesserungen - beispielsweise für Notausstiege oder mehr Aufenthalts- statt Parkfläche - sind nicht ganz billig. Deshalb schätzen wir die Mehrkosten für die Stadt unverbindlich auf 250.000 €.

StR Sauerer:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Bickelbacher, wir werden unseren Änderungsantrag nicht als Prüfauftrag formulieren, weil Verkehrswende für uns Neuaufteilung der Räume bedeutet. Sollten dadurch Stellplätze wegfallen, würden wir das in Kauf nehmen. Recht herzlichen Dank!

Der Änderungsantrag der ÖDP wird gegen die Stimmen der Antragsteller, von Die Grünen - rosa liste, DIE LINKE. und StR Schmude **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird in der folgenden Fassung gegen die Stimmen der CSU, BAYERNPARTEI, FDP, BIA und von StRin Sabathil **beschlossen**:

„Ziffer 1 ergänzt: Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob

- - auf eine längere Ausfahrtspur aus dem Parkhaus verzichtet werden kann, damit der Radweg am Treppenaufgang nicht auf 2,4 m an der Nordostseite verengt werden muss.*
- - im Abschnitt hinter den Tiefgaragen-Rampen, ggf. durch Umwandlung von 5 Querparkern in 2 Längsparker, der Radweg von 2,3 m auf 2,8 m verbreitert werden kann.*
- - für die Zweirichtungsradwege zur Anbindung der dortigen Straßen eine Breite von jeweils 4 m (Schnittbild B-B und Höhe Hildegardstraße bis Maximilianstraße zur Anbindung Knöbelstraße von Norden) realisiert werden kann.“*

Ziffer 2 neu entfällt.

Der Änderungsantrag der SPD wird bis auf den Satz *„Eine Anfahrtszone für Touristenbusse wird bis zur Fertigstellung des Buskonzeptes für München temporär im Bereich Frauenstraße situiert“* (gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI) **einstimmig beschlossen**.

Der modifizierte Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

Kommunaler Wohnungsfonds

Emission einer Stadtanleihe zur Finanzierung von kommunalen Vorhaben

Einrichtung eines kommunalen Wohnungsfonds

Antrag Nr. 5621 der SPD-Stadtratsfraktion

vom 09.07.2019

München – divest now!

Die LHM begibt eine Nachhaltigkeitsanleihe!

Antrag Nr. 2982 von Die Grünen - rosa liste

vom 24.03.2017

Aktensammlung Seite 3257

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich selten bei der Verwaltung. Sie macht ihre Arbeit und bedankt sich in der Regel auch nicht bei uns, wenn wir unsere Arbeit machen. - (Heiterkeit - Vereinzelt Beifall) - Aber in diesem Fall bedanke ich mich bei der Stadtkämmerei ausdrücklich für diese eindeutige und klare Vorlage.

Am Betreff „Kommunaler Wohnungsfonds, Emission einer Stadtanleihe zur Finanzierung von kommunalen Vorhaben“ lässt sich bereits erkennen, dass aus dieser Idee nichts werden kann. Das machen die Beschlussvorlage und der Antrag des Referenten eindeutig klar. Die Stadt kann keinen Fonds auflegen, weil sie keine Bank ist. Würde jemand mit einer Banklizenz einen Wohnungsbau-fonds auflegen, müsste der Fonds die Wohnungen oder Häuser erwerben, aber nicht die Stadt oder eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Solche Immobilienfonds gibt es seit langer Zeit. Ein Fonds wäre nicht in der Lage, den Kauf von Häusern für 10.000 € / m² Wohnfläche zu finanzieren, wenn pro Quadratmeter nur neun oder zehn Euro Miete eingenommen werden könnten. Ein solcher Fonds brächte eine Negativrendite und würde deswegen nicht gezeichnet.

Die Vorlage kommt zu einem erwartbar klaren Ergebnis: Sie schlägt vor, Geld nicht nur bei Banken zu leihen, sondern zusätzlich eine Stadtanleihe auszugeben. Das wurde in dieser Stadt bereits in den 1990er-Jahren gemacht. Diese Stadtanleihe bringt Geld in den Haushalt.

Sie ist nicht zweckgebunden für Wohnungs-, Straßen- und Schulbau oder sonstige Investitionen, sondern ist ein Finanzierungsinstrument neben Steuern und Bankdarlehen.

Im Übrigen bringt sie kein neues Geld, weil der Stadthaushalt 2020 keine Ermächtigung enthält, zusätzliche Schulden aufzunehmen. Ob die Stadt 2021 neue Schulden aufnimmt, muss der neu gewählte Stadtrat im Dezember 2020 beschließen. Jetzt kann eine solche Anleihe nur zur Umschuldung ausgegeben werden, wenn bestehende Darlehen ihr Laufzeitende erreichen - oder im Rahmen der Ermächtigung, um Schulden durch andere Schulden zu ersetzen.

In einem Zeitungsartikel vom vergangenen Montag steht der folgende Deutungsversuch des Oberbürgermeisters:

„Diese Mittel will Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) für den Kauf von Häusern verwenden, um gegen die explodierenden Mieten vorzugehen... Die Anleihen sollen deshalb als sogenannte Social Bonds zertifiziert werden, die eine soziale und nachhaltige Verwendung des geliehenen Geldes garantieren.“

Kolleginnen und Kollegen, das ist vielleicht gut gemeint, aber es hat mit der Beschlussvorlage und dem Antrag des Stadtkämmerers null und nichts zu tun. - (Beifall der CSU, BAYERNPARTEI und FDP)

Ich verstehe nicht, warum versucht wird, den Menschen in dieser Stadt etwas vorzumachen. Das hat mit dem, worüber wir heute diskutieren und was wir aller Voraussicht nach beschließen, nichts zu tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir bei dem Inhalt dieser Vorlage, der klar und eindeutig ist. Solche Deutungsversuche, um den Menschen etwas vorzumachen, sind unredlich. - (Beifall der CSU, BAYERNPARTEI und FDP)

Ich weiß nicht, ob wir bei Investitionsvorhaben der Landeshauptstadt München, die wir mit Steuergeldern, Darlehen oder Anleihen finanzieren, zwischen „guten“ - also Social Bonds - und „schlechten“ Investitionen unterscheiden müssen. Ich gehe davon aus, die Stadt München investiert im Sinne ihrer Bürger*innen ausschließlich im guten, gemeinnützigen Sinne. Wir werden mit Steuergeldern, Darlehen oder Anleihen keine Waffenfabriken bauen oder andere böse Dinge tun. Wahrscheinlich werden wir damit nicht einmal eine Düngemittelfabrik errichten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Laut Vorlage geht der Stadtkämmerer davon aus, dass diese Anleihe größtenteils nicht von Privatpersonen, sondern von institutionellen Anlegern erworben wird. Wenn der institutionelle Anleger zehn oder 100 Mio. € zu seiner Bank trägt, zahlt er einen Negativzins. Das ist die aktuelle Situation. Wenn er diese Stadtanleihe zeichnet, erhält er einen positiven Zins. - (StR Prof. Dr. Hoffmann: Wer zahlt's?) - Der Steuerzahler! Wer denn sonst? Und die Steuerzahlerin, um es politisch korrekt zu sagen.

Deshalb fragen wir den Stadtkämmerer: Wie hoch ist die Differenz zwischen dem positiven Zins, den die Stadt München den Anlegern verspricht, und dem Zins, den die Stadt für aufgenommene Darlehen bezahlen muss? - (Beifall der CSU)

StRin Hübner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alexander, auf der technischen Ebene kann man Dir nichts entgegenhalten, da hast Du wie immer recht. Aber bei diesem Thema gibt es auch eine politische Ebene, die wichtig ist. Laut Vorlage haben wir in den vergangenen zwei Jahren Vorkaufsrechte in Höhe von 350 Mio. € ausgeübt. Wir müssen den Menschen vermitteln, dass es Geld kostet, was wir politisch tun. Dieses Geld fällt nicht vom Himmel, sondern muss refinanziert werden. Ich finde es richtig, wenn unsere Bürger*innen durch eine solche Stadtanleihe die Möglichkeit bekommen, die Stadt zu unterstützen. Das schärft das Bewusstsein, dass diese Dinge Geld kosten und wir alle für diese Stadt eine soziale Verantwortung tragen. Insofern macht es einen Unterschied, ob damit ein Viertel bzw. ein Zehntel Gasteig, wenn es nach Euch geht, oder bezahlbares Wohnen in dieser Stadt finanziert wird. Deshalb ist der ideelle Wert dieser Stadtanleihe genau das, was wir zu diesem Zeitpunkt brauchen. - (Beifall der SPD)

Wir sind sehr zuversichtlich, dass Privatanleger diese Anleihe mit keineswegs unattraktiven Konditionen in Anspruch nehmen werden. Wer heute Geld zur Bank bringt, kann nicht sicher sein, ob es weniger wird. Bei dieser sicheren und attraktiven Anlage investiert man in einen guten Zweck und unterstützt München. Das ist der richtige Weg. Natürlich hätten wir uns weitergehende Lösungen gewünscht - vielleicht auch in Bezug auf den Grünen-Antrag, der nach jetzigem Stand aufgegriffen bleibt.

Wir bitten den Oberbürgermeister, Münchner*innen die Möglichkeit zu geben, sich an sozialen und nachhaltigen Zielen zu beteiligen. In den nächsten Jahren müssen wir Investitionen in vielen Bereichen tätigen. Dann wird selbst eine finanzstarke Stadt wie München an ihre Leistungsgrenze

kommen. Die Politik kann das nicht losgelöst von den Menschen schultern. In Zukunft sollte es bessere Möglichkeiten der Beteiligung geben. Aber das ist immerhin ein Anfang. - (Beifall der SPD)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Lieber Alexander Reissl, allmählich verstehe ich, warum Du die Fraktion gewechselt hast. Du bist ja wie befreit... - (Beifall der CSU und FDP) - ...und hast so viel Richtiges gesagt. Das wäre in der anderen Fraktion nicht gegangen. - (StRin Hübner: Da hätte er genau dasselbe gesagt! - Unruhe - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, in der Buchführung der Stadt München wird die Doppik angewandt. Studierende der Betriebswirtschaft lernen bereits im Propädeutikum im ersten Semester, dass jede Bilanz eine Aktiv- und eine Passivseite hat. Beide Seiten haben keine direkte Verbindung. Ich hole Geld für die Finanzierung, das auf der Passivseite steht. Dann kommt es auf die Aktivseite, wenn ich die Mittel verwende. - (StR Lischka: Hört, hört!) - Das Eine hat mit dem Anderen nichts zu tun. - (StR Offman: Ja, Herr Oberlehrer!)

Sie können keinen Gegensatz aufmachen zwischen dem Geld für Wohnungsbau und Ankaufsrechte und dem - beinahe hätte ich gesagt „bösen“ -Geld“ für ein Zehntel Gasteig. Das können Sie überhaupt nicht teilen. Alles kommt in einen Haushaltstopf und wird daraus entnommen. Deswegen handelt es sich bei der Anleihe lediglich um eine Form der Kreditaufnahme. - (Beifall der CSU und FDP) - Dann tut doch bitte nicht so, als könnten wir das direkt zuteilen. - (Zurufe der SPD: Das hat keiner gesagt.) - Ich habe zugehört. Die Kollegin hat gerade gesagt, das sei jetzt das Gute für den Wohnungsbau. - (StRin Hübner: Das habe ich nicht gesagt! - Unruhe)

OB Reiter:

Der Redner hat das Wort. Es steht überhaupt nicht dafür, sich so zu echauffieren. - (StR Prof. Dr. Hoffmann: Es ist doch nicht unflätig.) - Nein, überhaupt nicht. Es ist uninteressant. Aber das ist etwas anderes.

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Der wunde Punkt ist erreicht. So ähnlich macht Ihr es immer: Ihr verbrämt es als Maßnahme, die letztlich doch nur einen politischen Hintergrund hat. Zuletzt habt Ihr das bei dem tollen Mietenstopp gemacht, wo diejenigen geschützt werden, die bereits wenig Miete bezahlen. Das verkauft Ihr unter dem Motto: Wir mussten das politisch tun, damit wir ein Signal an die großen Wohnungsbaugesellschaften senden. Genauso ist es hier auch: Ihr setzt ein Signal, aber am Ende ist es eine

kommunale Haushaltsfinanzierung. Wir beginnen, jetzt Kredite aufzunehmen und nicht erst wie geplant im übernächsten Jahr.

Damit komme ich zu den Kosten, die Alexander Reissl bereits angesprochen hat. Wie viel zahlt die Stadt München derzeit bei einer normalen Kreditaufnahme und was zahlt sie den Anlegern für diese tolle Anleihe? 0,3 % heißt es. Die SPD wird offensichtlich zum großen Freund der Versicherungswirtschaft. Das war mir neu! Die Versicherer haben gerade das Problem, ihr bei der Bank deponiertes Geld nicht anlegen zu können und dafür Negativzinsen zu zahlen. Jetzt kommt der Steuerzahler in Form der Stadt München um die Ecke und gewährt den institutionellen Anlegern einen Positivzins von 0,3 %. Wahrscheinlich haben die Vorstände schon Sektflaschen aufgemacht. Wer zahlt das? Wir! Super, das ist eine ganz tolle Idee! Wir sollten Geld aufnehmen, a) wenn wir es brauchen und b) zu den besten Konditionen. Die Ausgabe der Anleihe ist momentan sicher nicht das geeignete Mittel. Da hinkt der Vergleich mit der Anleihe von 1996, weil es damals genau umgekehrt war: Der Kreditzinssatz der Banken war extrem hoch, die Bürger*innen erhielten für die Anleihe einen niedrigeren Zinssatz. Das war ein gutes Konstrukt, aber Ihr macht es jetzt genau umgekehrt! Die Zinsen sind niedrig, und wir geben eine Anlage mit höheren Zinsen aus. Das ist Geldverschwendung ohne Ende! Und alles nur, weil am 15. März Stadtratswahl ist. Herzlichen Dank! - (Beifall der CSU, BAYERNPARTEI und FDP)

StR Wächter:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass der Kollege Prof. Dr. Hoffmann vor mir am Pult war. Nach dem Wortbeitrag der SPD hatte ich auf meinem Platz in der dritten Reihe Schnappatmung. Ich weiß nicht, ob Frau Hübner die finanzpolitische Sprecherin der SPD ist, aber von Finanzen hat sie wenig Ahnung.

Wir schließen uns komplett den Redebeiträgen der SPD und der FDP an. - (OB Reiter: Die heißen CSU!) - Habe ich SPD gesagt? - (Heiterkeit) - Das ist noch die alte Gewohnheit. (Zuruf: Die Grenzen sind fließend. - OB Reiter: Wenn man so oft wechselt, weiß man nicht mehr, wie die heißen.) - Wir schließen uns explizit der Meinung von CSU und FDP an.

Ich möchte mit der Mär aufräumen, diese Anleihe sei für die Bürger*innen. Der Kollege Prof. Dr. Hoffmann hat es bereits ausgeführt: Die Sparkasse wird eine Anleihe emittieren. Innerhalb der Zeichnungsfrist werden institutionelle Investoren aus der Versicherungsbranche und von Pensionsfonds der Sparkasse die Tür einrennen. Das erhöht den Kurs dieser Anleihe und führt dazu, dass die Rendite dieser Anleihe in den Minuszins rutschen wird. Damit wird diese Anleihe für

Münchner*innen völlig irrelevant, weil sie kein Mensch kaufen will. So viel dazu, meine Damen und Herren! - (Beifall der BAYERNPARTEI)

In einem Punkt unterscheide ich mich vom Kollegen der CSU. Herr Reissl, für mich hat die Sache mit den Immobilienfonds Charme. Wenn die Stadt diese Immobilien kauft, wäre es doch eine gute Idee, sie in geschlossene Immobilienfonds einzubringen und bei den Bürger*innen Geld einzusammeln.

Das hätte zwei Vorteile: Zum einen müsste die Stadt für diese Immobilien kein Geld ausgeben, und zum anderen könnten sich Bürger*innen an diesen Immobilien beteiligen. Dass dies ausgeschlossen ist, weil die Kaufpreise zu hoch oder die Mieten zu niedrig wären, glaube ich nicht unbedingt. Es kann sein, muss aber nicht sein, weil natürlich auch Fremdkapital mit 0,0 % eine Rolle spielt, d. h., man hebelt diese Produkte. Mein Vorschlag lautet trotz alledem, auf Seiten der Stadt darüber nachzudenken, diese Immobilien in Immobilienfonds einzubringen und die Münchner*innen an Münchner Immobilien zu beteiligen. Das wäre ehrlich. Diese Anleihe ist unehrlich. -

Vielen Dank. - (Beifall der rechten Seite des Hauses)

OB Reiter:

Sie übertreffen sich noch bei der Wortwahl. Ich weiß nicht, welcher Ausdruck der böserer ist, unehrlich oder unredlich. Aber Sie sehen mich absolut tiefenentspannt. Die Kolleginnen und Kollegen sowie die Damen und Herren auf der Zuschauerbank haben gratis einen Grund- und Fortgeschrittenkurs in Haushaltsrecht bekommen. Es war sehr spannend. Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hoffmann.

Herr Reissl, es hat super gut funktioniert und war sehr interessant für jemanden wie mich, der 40 Jahre in der Stadtkämmerei tätig war. Es war sehr interessant, was Sie alles über das Haushaltsrecht wissen und wie Sie, Herr Prof. Dr. Hoffmann, den Gesamtdeckungsbeitrag blumig erklärt haben. Das war wirklich super. Allerdings hat das nichts mit dem Thema zu tun. Es geht um Rahmenbedingungen, die wir technisch schaffen müssen.

Zum Begriff „unredlich“ muss ich sagen, wenn es keine Bewerbungsrede war für einen Posten in der Stadtkämmerei oder bei der Rechtsaufsicht, muss ich sagen, es ist eher unredlich, wenn man diesen Vorgang kritisiert, aber ankündigt, dass man vielleicht zustimmen will. Das verstehe ich überhaupt nicht. Wenn man schon so dagegen spricht, muss man auch dagegen stimmen.

- (Vereinzelt Beifall) - Das möchte ich einfach anregen. Dann ist es wenigstens ehrlich zu erkennen, ob man dafür oder dagegen ist. Aber das zu kritisieren und zu sagen, wir stimmen trotzdem mit, weil in ein paar Wochen die Wahl ist, ist auch nicht die richtige Vorgehensweise. Das halte ich auch nicht für redlich.

Wenn man als CSU redlich sein will, sagt man ehrlich, dass man eigentlich gar nicht mag, dass wir die Mieter retten und Vorkaufsrechte ausüben. - (Unruhe und Widerspruch) - Ihr wollt keine Vorkaufsrechte ausüben. Dass die FDP keine Vorkaufsrechte ausüben will, wissen wir schon seit langer Zeit. Es ist doch schön, dass man das den Wähler*innen so sagen kann. Ihr wollt es politisch also nicht haben.

Dass Ihr aber dieses Instrument herausgreift und beim politischen Teil nicht offen und ehrlich fordert: Lasst uns beim Thema Vorkaufsrecht offen diskutieren, was Ihr wollt und was nicht, aber doch nicht anhand eines technischen Instrumentes. Das ist doch pure Lächerlichkeit, uns irgendwelche haushaltsrechtlichen Vorschriften um die Ohren zu hauen. Sie können es gerne kritisieren, und Sie tun es auch.

Meine Idee war relativ einfach: Ich hätte gerne eine hohe Akzeptanz in der Münchner Bevölkerung dafür, dass wir auch in Zukunft Vorkaufsrechte ausüben, auch wenn sie teuer geworden sind, weil es mir um die Mieter*innen geht. Meine Idee war, eine hohe Akzeptanz bei den Münchner*innen zu erreichen, um sich daran beteiligen zu können.

Sie sagen, die Versicherungen würden uns die „Bude“ einrennen. Dazu höre ich auch andere Töne, dass Sie mit 0,2 % Rendite oder 0,3 % Rendite auch nicht abschließend zufrieden sind. Bei 100 Mio. € sollten Sie sich einmal ein paar Bilanzen von Versicherungen ansehen. Das sind für die Peanuts, lieber Herr Prof. Dr. Hoffmann. Deshalb haben sie auch kein gesteigertes Interesse, morgen früh bei der Stadtparkasse Schlange zu stehen. Machen Sie sich darüber keine Gedanken. Sie werden keinen von den Versicherungsgesellschaften dort sehen. Wegen 100 Mio. € stehen die nicht einmal auf. - (Zurufe) - Ich sage nur, was Sie nicht sehen werden. 100 Mio. € sind für die großen Versicherungsgesellschaften nicht wirklich ein Treiber. - (Unruhe)

Meine Idee ist einfach: Wir müssen für das, was wir politisch wollen und tun, die Bürger*innen möglichst mitnehmen. Das tue ich, wenn ich Ihnen ein Angebot mache, sich finanziell zu beteiligen. Da ich nicht null Zinsen anbieten wollte, stehen ein paar überschaubare Zinsen drauf. Das ist die

einzigste Idee. Es kostet uns tatsächlich ein bisschen Geld, aber das ist es mir wert. Sie können dagegen stimmen, wenn es Ihnen nicht wert ist. Es ist doch ganz einfach.

Tun Sie aber bitte nicht so, als würden wir uns in einer strukturierten Haushaltsdebatte befinden, bei der wir nur über die Instrumente, die rechtliche Zulässigkeit und die Ausgestaltung des Haushaltsrechts streiten. Das interessiert nämlich niemanden. Interessant ist, was wir mit unserem Geld machen. Interessant ist auch, wir sorgen dafür, dass wir das Richtige tun, dass wir in Zukunft Vorkaufsrechte finanzieren können, die wir in Zukunft ausüben werden. Hierzu werden wir noch mehr Geld brauchen, weil wir auch Genossenschaften zurückkaufen werden. Auch daran habe ich großes Interesse, das auf einem großen bürgerschaftlichen Engagement zu gründen. - (Beifall der SPD) - Ich glaube, das ist etwas, das man mit einer solchen Anleihe bewegen kann. Nichts anderes wollte ich. Jetzt können Sie dann dagegen oder dafür stimmen oder noch einmal haushaltsrechtliche Ausführungen machen.

StR Podiuk:

Herr Oberbürgermeister, Ihnen geht es wie mir: Wenn ich verärgert und aufgeregt bin, merkt jeder, dass ich sofort entsprechend reagiere. Das haben Sie auch getan. - (Beifall der CSU) - Was ist die Praxis? Die Kollegen haben recht. Es ist eine ganz normale Schuldenaufnahme. Mit der können wir alles finanzieren, was im Haushalt steht: den Gasteig, neue Wohnungen und Vorkaufsrechte. Aber es ist kein Spezifikum für irgendein Vorkaufsrecht.

Eigentlich sollten Sie zufrieden sein. In der Presse der letzten Woche ist das groß herausgekommen. Ihren Propaganda-Erfolg haben Sie schon geschafft. Dass Sie sich jetzt noch so echauffieren, verstehe ich nicht. Jeder im Rathaus, der etwas von Finanzen versteht, weiß, es ist eine ganz normale Finanzaufnahme, wie wir es immer machen. Es ist überhaupt nichts Neues. Man spricht von Sozialfonds. Es ist aber eine ganz normale Schuldenaufnahme, nichts anderes. Wir werden damit alles finanzieren, was die Stadt in Zukunft zu finanzieren hat.

Sie haben angekündigt, wir werden noch viel mehr Schulden machen. Zu dem Zeitpunkt bin ich dann Gott sei Dank nicht mehr im Stadtrat. - (OB Reiter: Das haben jetzt Sie gesagt!) - Sie haben recht, aber wir werden eine Grenze haben, die bei ungefähr 4,5 Mrd. € bis 5 Mrd. € liegen wird - je nachdem, wie sich die Gewerbesteuereinnahmen entwickeln. Wir müssen heute schon aufpassen und dürfen den Leuten nicht vormachen, es gibt irgendeinen Fonds. Den gibt es nämlich nicht, sondern es ist eine ganz normale Schuldenaufnahme. Wie gesagt - ein versöhnlicher Abschluss.

Sie haben Ihren Propaganda-Erfolg schon gehabt. Darum brauchen wir nicht weiter zu diskutieren.
- (Beifall der CSU)

OB Reiter:

Im Gegensatz zu Ihnen geht es mir nicht um einen Propaganda-Erfolg, sondern um den Inhalt. Aber das ist jetzt egal. Wenn es sich aber um eine ganz normale Kreditaufnahme handelt, verstehe ich die lange ausführliche Diskussion mit Vorträgen nicht. - (StR Dr. Mattar: Weil es teurer ist als normal! - Weitere Zurufe - Unruhe) - Sie haben doch die Diskussion begonnen. Wir hätten auch einfach abstimmen können, wenn es eine ganz normale Kreditaufnahme ist. Natürlich kann ich Ihnen sagen, dass diese 100 Mio. € nach meiner festen Überzeugung nicht haushaltsrechtlich, aber von der politischen Widmung her auf jeden Fall in den Ankauf von Vorkaufsrechten fließen wird. Wahrscheinlich werden 100 Mio. € nicht reichen. Insoweit halte ich es nicht für unredlich, es so zu definieren. - (Zurufe) - Was hat das mit Anlügen zu tun, wenn ich Ihnen sage, dass diese Kreditaufnahme in Höhe von 100 Mio. € auf jeden Fall in die Ausübung von Vorkaufsrechten fließen wird. - (weitere Zurufe) - Natürlich stimmt das! Wir werden in diesem Jahr mehr als 100 Mio. € für den Ankauf von Vorkaufsrechten ausgeben. - (Zurufe) - Nein! Es macht keinen Sinn, Herr Prof. Dr. Hoffmann.

BM Pretzl:

Lassen wir doch die Kämmerei antworten, damit wir Fakten haben!

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Eben wurde mir noch unterstellt, ich würde in blumigen Worten den Gesamtdeckungsgrundsatz erklären. Jetzt sagen Sie selber wieder, dass es offensichtlich bei Ihnen noch nicht angekommen ist, dass das Geld, das eingeht, für alles verwendet wird - (Beifall der rechten Seite des Hauses) - , und zwar alles gleichzeitig. Sie haben eben selber gesagt, Sie können nicht sagen, dass dieses Geld genau hierfür ausgegeben wird. - (OB Reiter: Danke!) - Zu dem Thema, es seien nicht die Versicherungen, die Schlange stehen, darf ich aus der Vorlage der Stadtkämmerei, Seite 9 Absatz 3 zitieren:

„In der Regel besteht die Käufergruppe derartiger Anleihen mit sozialer oder nachhaltiger Komponente überwiegend aus institutionellen Anlegern. Neben Kreditinstituten sind dies insbesondere Versicherungen, Investmentfonds, Stiftungen und Pensionskassen.“

Danke schön. - (Beifall der rechten Seite des Hauses)

StK Frey:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die Frage zum Haushaltsprinzip - Gesamtdeckungsprinzip: Es gilt sowohl in der Doppik als auch in der Kameralistik. Es ist kein Spezifikum der Doppik. Auch in der Kameralistik würde das Gesamtdeckungsprinzip gelten. Es stimmt, dass nicht der einzelne Euro im städtischen Haushalt mit einem Post-it gekennzeichnet ist. Das ist unser Haushaltsgesichtspunkten vollkommen richtig.

Das Zweite ist allerdings, und deswegen haben Sie bei diesem Punkt alle irgendwie recht, dass diese Social Bonds einen Mittelverwendungsnachweis brauchen. D. h. im konkreten Fall muss für diese Mittel, die über diese Anleihen ausgegeben werden nach den Social Bonds - Prinzipien eine Mittelverwendung nachgewiesen werden. Es ist richtig, dass es bei der Landeshauptstadt München sehr viele dieser Nachweisprojekte sein können, weil wahrscheinlich 99,9 % aller Maßnahmen, die die Stadt München umsetzt, einem gemeinnützigen bzw. nachhaltigen Kriterium entsprechen. Damit ist ein Nachhaltigkeitsbegriff gemeint im Sinne der Vereinten Nationen, die nicht nur auf ökologische Nachhaltigkeit, sondern auch auf Bildung und Stadtentwicklung abzielen. Ein Großteil unserer Maßnahmen entspricht diesen Kriterien. Trotzdem brauchen wir für die Second opinion, die Zertifizierung als Social Bond, konkrete Projektnachweise, die wir liefern müssen. Das sind z. B. der Bildungscampus Freiamt oder ein konkretes Vorkaufsrecht.

Das Zinsniveau ist vergleichbar mit einer normalen Kreditaufnahme. Es ist richtig, dass es bei Unternehmensfestgeldern in Teilen zu Negativzinsen kommt. Das Zinsniveau hängt sehr stark von der Laufzeit und der Einlagensicherung ab. Es bewegt sich alles nahe um den Nullpunkt. Auch diese Anleihe bewegt sich mit nur 0,3 Minimum. Bei 10 und 15 Jahren ist es vielleicht ein bisschen mehr. Die Festgelder für Unternehmen im Bereich von 36 Monaten sind noch leicht negativ und ragen dann, je länger die Laufzeit ist, in den positiven Bereich hinein, weil dann an der Stelle der Hedge bei dieser Laufzeit entsteht. Insofern ist es ein Zinsniveau aus Sicht der Anlegenden, das aus meiner Sicht nicht zu Sektkorken führt, weil es die unterschwellige Unterstellung ist, hier würden öffentliche Mittel in irgendeiner Form veruntreut. Das tun wir nicht. Wir bewegen uns in einem ganz normalen Zinsumfeld.

Was die Nachfrage nach diesem Produkt sowohl bei den Bürger*innen als auch bei institutionellen Anlegern ausmachen kann und wird, ist das Interesse an dieser Form von Geldanlagen. Die Nachhaltigkeitsaspekte - Soziales, Infrastruktur- und vor allem Klimaschutzziele - werden auf dem Markt stark gesucht, weil die Anleger immer mehr darauf achten und es eine immer größere Rolle spielt,

wie beispielsweise auch bei der Stadt München. Wir haben z. B. seit Kurzem alle unsere Kommunalfonds nach den ESG-Kriterien nach dem FNG-Siegel zertifiziert bzw. das an die Zertifikate angelehnt. So geht es vielen Anlegern, die Möglichkeiten suchen, unter diesen ethischen Gesichtspunkten anzulegen. Das ist der Hintergrund.

Diese Form ist nicht ganz neu. Bereits mehrere Kommunen haben diese, allen voran die Städte Hannover, Nürnberg und andere und auch die Landesbank Baden-Württemberg, die DKP, eine Tochtergesellschaft der Bayerischen Landesbank. Unsere Stadtanleihe zeichnet sich dadurch aus, dass sie sich auch an die Bürger*innen richtet. Es gibt bereits das eine oder andere Bankhaus, darunter die Stadtparkasse München, die in den Vertrieb an die Bürger*innen einsteigen würde. Das heißt allerdings nicht, dass derjenige, der den Vertrieb ausübt, auch der Emittent ist. Den Emittenten kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht nennen.

BM Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Stadtkämmerer für seine Ausführungen. Wir hatten ihn in unsere Fraktion eingeladen. Ich glaube, es ist deutlich geworden, wie es Alexander Reissl auch richtig gesagt hat: Es ist kein politischer Coup, der irgendetwas mit Ankauf von Wohnungen oder mit Vorkaufsrechten zu tun hat oder das in irgendeiner Weise sichert. Herr Prof. Dr. Hoffmann, es ist aber auch kein Verschwenden von Steuergeldern. Es ist eine völlig normale Finanzierung im Rahmen dessen, was der Markt momentan hergibt.

Wenn die Stadtkämmerei uns dieses Finanzierungsmittel vorschlägt, kann man durchaus die Finanzierung diversifizieren und es über eine entsprechende Anleihe machen und nicht über klassische Bankkredite. Die Konditionen sind identisch. Deswegen kann die CSU auch zustimmen, weil es den Steuerzahler weder etwas kostet noch irgendetwas mit dem Bau oder dem Ankauf von Wohnungen zu tun hat. Es ist ein völlig normales Finanzierungsmittel. Darauf haben die Kollegen Podiuk und Reissl hingewiesen. Wir können es entspannt beschließen. Noch einmal: Es nutzt nichts und es schadet nichts. Es ist ein Finanzierungsmittel technischer Art, das die Stadtkämmerei vorschlägt.

Vielen Dank. - (Beifall der CSU)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Frey, Sie haben es eben etwas blumig umschrieben. Ich hätte gerne eine konkrete Aussage zum aktuellen Stand des Zinssatzes, wenn

die Landeshauptstadt München sagt, wir brauchen jetzt 100 Mio. €, und zu den aktuellen Bedingungen einen Kommunalkredit aufnimmt. Liegt der Zinssatz bei 0,3 % oder darunter?

StK Frey:

Da müssten Sie mich nahezu täglich fragen, weil sich die Konditionen eigentlich täglich ändern. Heute, Stand 22.01.2020, wäre die Aufnahme eines Kommunalkredits um ca. 0,02 % günstiger. - (StR Prof. Dr. Hoffmann: Liegt er bei 0,3 % oder ist er niedriger?) - Wir würden den Kredit jetzt zu 0,28 % aufnehmen statt zu 0,3 %. Die 0,3 %, die heute im Beschluss als Range steht, ist der untere Level, den wir zum Zeitpunkt der Erstellung der Beschlussvorlage gesehen haben. Der Prozentsatz ist tagesabhängig. Die Prozentsätze liegen aber nahe beieinander. Der Stand von heute kann morgen anders sein. Die Prozentsätze bewegen sich aber alle in dieser Größenordnung. Ich möchte mich aber gegen den Vorwurf verwehren, dass aus dem städtischen Haushalt aus Steuergeldern etwas draufgelegt wird, um eine Rendite zu finanzieren.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von BAYERNPARTEI, FDP und StR Schmude **beschlossen**.

Baumpflanzaktionen für München**Unterstützung für das Projekt 1000-Milliarden Bäume****München macht mit!****Antrag Nr. 5268 von StRin Anja Burkhardt vom 25.04.2019****Aktion „Einheitsbuddeln“ - Bäume für München am 03. Oktober****Antrag Nr. 5816 der Stadtratsmitglieder Dietl, Hübner, Kaplan****und Vorländer vom 14.08.2019****Bäume in München 3 - Ein Baum für jedes Baby****Antrag Nr. 06001 der Stadtratsmitglieder Vogelsong****Schall vom 27.09.2019****Baumpflanzaktion - mehr Bäume für München****Anfrage Nr. 1662 der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.12.2019**

Aktensammlung Seite 3285

StRin Hanusch:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen. Es geht um ein sehr wichtiges Thema in unserer Stadt. Wir verlieren Bäume an vielen Stellen. Es gibt das Baumschutzthema. Aber man muss auch immer wieder Orte zum Nachpflanzen der Bäume finden. Es betrifft unterschiedliche Referate. Die Vorlage wurde im Kommunalausschuss behandelt. Es wurden sehr gute Vorschläge der städtischen Forste unterbreitet. Wir haben aber in den Stellungnahmen, die auch von anderen Referaten kommen, festgestellt, dass auch dort noch viele Möglichkeiten ruhen. Wir haben aber mitgenommen, dass es nicht sinnvoll ist, alles durch diese Vorlage noch in Auftrag zu geben. Wir werden noch Einzelanträge stellen, damit auch bei den Schulen und städtischen Wohnungsbaugesellschaften noch weiter geschaut wird. Wir haben auch mitgenommen, bezüglich der Suche nach Orten wird auch vom Baureferat noch gesondert eine Vorlage kommen.

Wir würden gerne noch das Projekt Wanderbaumallee besser von Seiten der Stadt unterstützen. Das Projekt gibt es schon seit Jahren und führt eine wichtige Arbeit aus mit Blick auf das Bewusstsein, wo Bäume fehlen und hinkommen könnten. Das von Green City e. V. initiierte Projekt hat in vielen Straßenzügen beispielhaft Bäume in Kübeln aufgestellt. Es besteht ein intensiver Kontakt mit der Bevölkerung vor Ort, die die Bäume pflegt. Es wird ein Bewusstsein dafür geschaffen und geklärt, ob bzw. wo in den betreffenden Straßenzügen, in denen leider keine Bäume stehen, vielleicht trotz der Sparten noch Orte gefunden werden könnten. Es gibt Straßenzüge, in denen im

Nachgang zur Wanderbaumallee noch Bäume gepflanzt wurden. Bisher wird es von der Stadt nicht unterstützt. Da das Thema deutlich an Brisanz zugenommen hat, bitten wir um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Im Plenum ist es möglich, das RGU zu beauftragen, dieses Projekt auch finanziell zu unterstützen. Wir bitten um Zustimmung.

Danke. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StRin Boesser:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die SPD möchte ihren abgespeckten Änderungsantrag aus dem Ausschuss noch einmal einbringen. Wir wollen den bürokratischen Aufwand für die Verteilung der Baumsamen so gering wie möglich halten und beantragen, dass die Tütchen mit den Baumsamen in die künftigen Babybegrüßungspakete aufgenommen werden. Daher muss Ziffer 8, mit dem das Kreisverwaltungsreferat gebeten wird, die erforderlichen Adressen der Eltern zu übermitteln, gestrichen werden.

Dem Änderungswunsch von Die Grünen - rosa liste können wir nur bedingt näher treten. Die Wanderbaumallee gibt es seit vielen Jahren, und Green City e. V. erhält auch seit vielen Jahren für unterschiedliche Projekte Förderungen, u. a. für die Durchführung der Mobilitätsberatung. Es ist also nicht unbedingt notwendig, ausgerechnet ein solches Projekt bei Green City e. V. zu fördern.

Wenn der Ergänzungsantrag geändert und eine städtische Förderung für eine temporäre Begrüßung von Straßenräumen beantragt wird, stimmt die SPD zu, weil dann eine Öffnung für andere Initiativen mit Erfahrung in Urban Gardening gewährleistet wäre. In den letzten Jahren sind viele neu hinzugekommen, die sich verdient machen. Es muss nicht dezidiert Green City e. V. sein. Den Gedanken unterstützen wir gerne. Aber wir möchten nicht, dass explizit ein Verein im Antrag erwähnt wird. - (Beifall der SPD)

StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Die zweistündige Diskussion vom Ausschuss müssen wir nicht wiederholen. Ich schließe mich explizit der Kollegin Boesser an, was den Ergänzungsantrag der Grünen anbelangt. Wir werden ihn in dieser Form nicht mittragen. Den Änderungsantrag der SPD, den ich im Ausschuss schon mitgetragen habe, halte ich für vernünftig, damit wir ein bisschen Bürokratie abbauen. Man muss nicht noch zusätzliche Adressen auswerfen, sondern die Tütchen mit Baumsamen können in die Babybegrüßungspakete gepackt werden. Darüber hinaus stimmen wir der Vorlage zu. - (Beifall der FDP)

StR Altmann:

Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich Frau Kollegin Neff an. Wir hatten eine ausführliche Diskussion über die Baumpflanzaktionen. Ich habe mich schon im Ausschuss zu dem Volumen geäußert. Jetzt wird es noch erhöht, weil alle Kinder, die in München wohnen, Päckchen mit Samen bekommen. Wir haben jährlich 17 000 Geburten in München. Ich bin gespannt, wo die Samen überall gestreut werden. Ich will es nicht weiter ausführen. Wir werden den Ziffern 1 bis 4 des Antrags der Referentin zustimmen, um die kommunale Planungsregion 14 mit einzubinden mit dem Ziel, Flächen aufzuforsten. Ich möchte deutlich machen: Alles Weitere mit den Ergänzungen werden wir nicht mittragen.

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Wir könnten uns vorstellen, bei dem Vorschlag der SPD mitzugehen und den Ergänzungsantrag umzuformulieren:

„ ... unterstützt fachlich und finanziell Projekte zur Straßenraumbegrünung
(z. B. Wanderbaumallee.)“

oder:

“... unterstützt fachlich und finanziell temporäre Projekte zur Straßenraumbegrünung (
z. B. Wanderbaumallee).“

StRin A. Burkhardt:

Sehr geehrter Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich ausdrücklich für die Vorlage. Der Änderungsantrag der Grünen ist aus unserer Sicht abzulehnen. Das RGU hat bestätigt, dass es bereits sehr viel Geld für Green City e. V. gibt. Wenn Ihr für Wanderbäume Geld haben wollt, muss der Verein einmal umschichten und etwas anderes zurückstellen. - (Beifall der CSU) - Ansonsten geht es in der Vorlage nicht um Wanderbäume, sondern um Baumpflanzaktionen. Ich möchte nicht, dass diese Vorlage durch irgendwelche Kübel, die aufgestellt werden, verwässert wird. Stellt dafür einen anderen Antrag! Wir stimmen der Vorlage mit dem Vorschlag der Referentin zu.

Bfm. StRin Frank:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich kurz zum Punkt Babybegrüßungspaket ausführen, warum wir einen anderen Weg gewählt haben.

Aus unserer Sicht ist das Babybegrüßungspaket zu begrüßen. Es ist eine tolle Form der Information der Eltern. Allerdings haben wir bereits im Ausschuss darüber diskutiert, dass Baumsamen in einem solchen Babybegrüßungspaket vermutlich in der Vielzahl anderer Dinge untergehen werden, diese nicht ihren Zweck erfüllen und die Menschen nicht dafür sensibilisiert werden, dass wir in dieser Stadt dringend mehr Bäume brauchen.

Wir würden gerne die Baumsamen dann verschicken, wenn unsere Saat-Aktionen anstehen, also nicht irgendwann, sondern vor allem dann, wenn die zwei Zeitpunkte konkret vor der Tür stehen. - (Unruhe - Glocke des Vorsitzenden) - Ich glaube, es macht keinen Sinn, sechs Monate vorher schon anzukündigen, dass in sechs Monaten eine Baumpflanzaktion läuft. Das geht vermutlich unter und verfehlt seinen Zweck. Aus unserer Sicht ist es deshalb sinnvoller, sich konkret an die Eltern zu wenden, wenn sie sich zum einen schon ein bisschen mit ihrer neuen Familie eingelebt haben und wir zum anderen ein konkreter Termin absehen können.

Ich freue mich, dass Einigkeit darüber herrscht, dass wir in den nächsten fünf Jahren 500 000 neue Bäume in der Landeshauptstadt und um die Landeshauptstadt herum pflanzen. Das ist der wichtigste Teil der Vorlage. Der Teil der Kampagne für die Eltern mit ihren kleinen Familien ist aber auch ein nicht wegzudenkender Baustein im Sinne für die Zukunft der Landeshauptstadt München. Herzlichen Dank.

OB Reiter:

Ich muss bei Frau Hanusch nachfragen, wie die genaue Formulierung lauten soll.

StRin Hanusch:

„... Projekte zur temporären Straßenraumbegrünung (z. B. Wanderbaumallee).“

Green City e. V. wird nicht genannt, kann sich aber um diese Mittel bewerben, weil der Verein einer der Partner ist, die das machen.

Der Oberbürgermeister stellt die Präsenz des Stadtrats wie folgt fest:

SPD (22 + OB), CSU (21), Die Grünen - rosa liste (13), FDP (5), BAYERNPARTEI (5),
DIE LINKE. (2), BIA (1), StR Schmude, StRin Sabathil;

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTEI, FDP, BIA, StR Schmude und StRin Sabathil in folgender Fassung **beschlossen**:

„Wie Punkt 1 des Antrags der Referentin mit folgender Ergänzung:

Das Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München unterstützt - fachlich und finanziell - Projekte zur temporären Straßenraumbegrünung (z. B. Wanderbaumallee).“

Der Änderungs-/Ergänzungsantrag der SPD wird gegen die Stimmen von CSU, BAYERNPARTEI, BIA, StR Schmude und StRin Sabathil **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung werden die Ziffern 1 bis 4 des modifizierten Antrags der Referentin einstimmig **beschlossen** und die Ziffern 1 bis 12 gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI.

Personalbedarf Ausländerbehörde, Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Aktensammlung Seite 3287

StR Schmude:

Lieber Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine Ablehnung zu diesem Punkt begründen. - (Glocke des Vorsitzenden) - Ich bin nicht gegen die Einwanderung von Fachkräften, sondern sehr dafür. Die Einwanderung von Fachkräften unterscheidet sich fundamental von der sonstigen Einwanderung, wie wir sie in Deutschland erleben. Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman hat einmal gesagt: *„Du kannst einen Sozialstaat haben oder Du kannst offene Grenzen haben, aber Du kannst nie beides gleichzeitig haben.“*

Das ist das Dilemma der deutschen Einwanderungspolitik. Wir haben fast nur Einwanderung ins Sozialsystem und eine viel zu geringe Einwanderung von Fachkräften. Es ist ein Wunschdenken, wenn die Bundesregierung davon ausgeht, man müsse für Fachkräfte die Türen genauso weit aufmachen wie für Versorgungssucher und schon würden diese in dem gleichen Maße hereinströmen, wie es bisher die Versorgungssucher tun. Das wird so nicht hinlaufen.

Eine 30 %ige Steigerung der Einwanderung von Fachkräften, wie sich das die Bundesregierung vorstellt, wird es nie und nimmer geben. Es wird sie auch in München nicht geben. Deswegen brauchen wir keine zwölf neuen Stellen, sondern viel weniger. Die eingestellten Leute, die auf die Fachkräfte warten, werden einen relativ lockeren Job haben. Wie bisher wird fast niemand kommen. Wie kann es sein, dass eine Entbürokratisierung am Ende dazu führt, dass mehr Stellen geschaffen werden? Das kann grundsätzlich nicht sein.

Wer als Fachkraft aus Indien kommt und die Auswahl zwischen Großbritannien, das einen Wirtschaftsaufschwung haben wird, den USA oder Australien hat, wird sich niemals nach Deutschland verirren. Hier leidet er unter einer Abgabenquote von 70 %. Zweitens wird das Geld, das ihm abgenommen wird, zur Alimentierung anderer verwendet. Fachkräfte werden weiterhin einen Bogen um Deutschland machen. Die Stellenausweitung, die heute beschlossen wird, kann man sich schenken. Danke schön. - (Unruhe)

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister, ich gebe nur zu Protokoll: Unsere Ablehnung bezieht sich auf die Neuschaffung von Stellen. Aus haushalterischer Sicht hätten wir uns eine Umschlüsselung von unbesetzten Stellen gewünscht und lehnen die Vorlage deswegen ab.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der BAYERNPARTEI,
Stadtrat Schmude und der BIA **beschlossen**.

- Ende der Sitzung um 11:51 Uhr -

München, 22. Januar 2020

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll